



FACHHOCHSCHULE LUDWIGSBURG
Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Wahlpflichtfach im Verwaltungszweig: Gesellschaft im Wandel

**Die katholische Kirche in Ellwangen (Jagst) und deren
Rolle in Presse und Öffentlichkeit während der
nationalsozialistischen Zeit 1933 und 1934**

DIPLOMARBEIT

zur Erlangung des Grades eines Diplomverwaltungswirtes (FH)

vorgelegt von

Hans Karl Stengle
Einsteinstraße 32
73479 Ellwangen (Jagst)

Studienjahr 2007 / 2008

Studiengang Innenverwaltung

Erstgutachter: Prof. Eberhard Ziegler

Zweitgutachter: Quintus Scheble

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Ellwangen - katholisch geprägt	2
3	Politische Haltung in Ellwangen	3
4	Anfänge des Nationalsozialismus in Ellwangen	6
4.1	Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP in Ellwangen.....	6
4.2	Anfänge der „Nationalzeitung“	7
4.3	Die Arbeit der Ortsgruppe	8
4.4	Koelles Arbeit im Gemeinderat	10
5	Die Nationalsozialisten übernehmen die Macht	13
5.1	Der 30. Januar 1933 in Ellwangen	13
5.2	Die Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen im März 1933....	15
6	Ausbau und Festigung der Macht.....	19
6.1	Die Vorgänge bis zum Ermächtigungsgesetz	19
6.2	Auflösung und Neubildung des Ellwanger Gemeinde- rats	22
6.3	Die Ausschaltung der Zentrumsgemeinderäte	25
6.4	Die Besetzung der freien Stellen mit National-sozialisten	28
6.5	Die Ablösung von Bürgermeister Ettensperger	29
6.6	Heindel als Amtsverweser.....	30
6.7	Koelle wird Bürgermeister	31

7	Kampf gegen das Ellwanger Zentrum und die Ipf-und Jagst-Zeitung	32
8	Die Verdrängung der Ipf- und Jagst-Zeitung	34
9	Der Ellwanger Kirchenkampf – Die Erlebnisse von Kaplan Rudolf Renz	41
9.1	Mitternachtsmesse mit der Jugend im Jahre 1933.....	42
9.2	Der Elefantenstall wird überwacht.....	46
9.3	Verhaftung und Verhör in krimineller Sache.....	48
9.4	Störung religiöser Jugendveranstaltungen.....	51
9.5	Die „Galgenaktion“ – eine öffentliche Gotteslästerung	52
10	Die Ellwanger Bischofsnacht	54
11	Schlussbetrachtung.....	57
	Literaturverzeichnis	V
	Erklärung nach § 36 III APrOVw gD	IX

1 Einleitung

In den vielen Berichterstattungen über die katholische Kirche, vor allem seit Papst Benedikt XVI. als ein Deutscher die Nachfolge auf dem Stuhl des Apostels Petrus angetreten hat, wurden immer wieder auch die schwierigen Zeiten für die katholische Kirche angesprochen. Hierbei richtete sich der Fokus auf Ereignisse, die die katholische Kirche in einem weniger guten Licht erscheinen ließen und bis heute lassen.

Die Themen reichten von den Hexenverfolgungen des Mittelalters bis zu den Vorkommnissen der frühen Neuzeit. So kamen auch die Jahre 1930 bis 1945 zur Sprache, die ihren unzweifelhaften Höhepunkt in der schrecklichen Politik der Nationalsozialisten und schließlich dem Zweiten Weltkrieg erreichten.

Gerade mit dieser dunklen Zeit beschäftigt sich die vorliegende Arbeit. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die katholische Kirche - hier am Beispiel der Stadt Ellwangen - während des Dritten Reiches in der Presse und in der Öffentlichkeit gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern verhalten hat. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Jahre 1933 und 1934, als die NSDAP begann auch in Ellwangen Fuß zu fassen und die Weichenstellung der folgenden Jahre zu bestimmen.

Primär soll anhand von Zeitungsartikeln und Berichten aus dieser Zeit dargestellt werden, wie die Machenschaften der Nationalsozialisten und die Aktionen der katholischen Kirche aus Sicht der Presse und in der Öffentlichkeit gewertet wurden. Ergänzend hierzu soll auch das Handeln der katholischen Kirche im Gegensatz zu den verfolgten Zielen der Nationalsozialisten dargestellt werden. Dadurch soll auch aufgezeigt werden, ob ein kirchlicher Widerstand vorhanden war und in welcher Form sich dieser äußerte.

2 Ellwangen - katholisch geprägt

Als „ein schwarzes Nest“ bezeichnen sowohl viele Einheimische als auch Auswärtige die heutige Große Kreisstadt Ellwangen (Jagst). Grund dafür ist nicht, dass die CDU seit vielen Jahren die dominierende Partei im Ellwanger Gemeinderat ist, sondern vielmehr, dass weil Ellwangen von Beginn seiner Gründung bis heute stark katholisch geprägt ist.

Die Geschichte Ellwangens reicht mittlerweile über 1200 Jahre zurück und ist eng mit der Gründung eines Benediktinerklosters verbunden¹, das der Festigung des Christentums in der Ellwanger Gegend dienen² und die Bevölkerung schon früh in Berührung mit der christlichen Lehre bringen sollte.³ Ebenfalls geprägt wurde Ellwangen einige Jahrhunderte später durch den Orden der Jesuiten, deren schwerpunktmäßige Tätigkeit neben der Erneuerung der Kirche nach der Reformation⁴, vor allem im Bereich der schulischen Bildung lag. Als weitere geistliche Institution entstand im 18. Jahrhundert als dritte Ordensniederlassung ein Kloster der Kapuziner, die sich insbesondere der Seelsorge der Bevölkerung verschrieben hatten.⁵

Ellwangen entwickelte sich somit im Laufe der Jahrhunderte zu einem bedeutenden katholischen Zentrum. Besonders deutlich zeigt sich dies in den Plänen des württembergischen Königs, der Ellwangen zum Sitz eines Bischofs und später sogar zu einem Erzbistum machen wollte, was Ellwangen auch die Bezeichnung „schwäbisches Rom“ einbrachte.⁶

Auch wenn Ellwangen in den letzten Jahrzehnten an Einfluss verloren haben mag, ist man sich dieser Wurzeln bewusst, und nach wie vor hat die katholische Kirche einen hohen Stellenwert für die Bevölkerung.

¹ Pfeifer, Hans: Ellwangen, Kunst und Geschichte aus 1250 Jahren, o.O., 2000, S.9.

² Miller, Max: Die Kultur eines geistlichen Staates: Benediktinerabtei und Fürstprobstei Ellwangen, in: Ellwanger Jahrbuch Band XII, 1933-1935, S.57.

³ Eberl, Immo/Grupp, Rudolf: Ellwangen, o.O., o.J., S.14.

⁴ Pfeifer, H., Ellwangen, S.71.

⁵ vgl. Ebenda S.87f.

⁶ Pfeifer, H., Ellwangen, S.112f.

3 Politische Haltung in Ellwangen

Tonangebende und politisch bestimmende Kraft in Ellwangen war vor 1933 die Zentrumsparlei. Die Wahlergebnisse vor der Herrschaft der Nationalsozialistischen Partei Adolf Hitlers zeigten deutlich, dass die Ellwanger Wähler kirchlich konservativ eingestellt waren und dementsprechend auch so wählten. Radikale Parteien hingegen konnten sich nur verschwindend gering des Vertrauens der Ellwanger erfreuen.

So errang bei den Gemeinderatswahlen am 13. Dezember 1931 die Zentrumsparlei einen großen Erfolg, da es ihr gelang, von den 10 zu vergebenden Gemeinderatssitzen 8 zu erhalten. Die Nationalsozialisten und die Deutschen Demokraten errangen jeweils nur einen Sitz, während die Kommunistische Partei keinen Sitz verbuchen konnte.

Die Wahlanalyse der ortsansässigen Ipf- und Jagst- Zeitung berichtete: „An dem bewährten Konservatismus prallten die Lockungen und Phrasen der Radikalen ab“.⁷ 74 Prozent der Wählerstimmen für das Zentrum sah man als Beweis dafür, „dass die Ellwanger Katholiken dem Zentrum auch heute noch geschlossen vertrauen und treu sind“.⁸ Ernst Kaiser, Chefredakteur der Ipf- und Jagst-Zeitung, schrieb in seiner Jahreschronik von einer konservativen Einstellung der Mehrzahl der Ellwanger Bewohner.⁹

In den Wahlgängen des Jahres 1932 stellten die Ellwanger Wähler erneut ihre konservative Grundhaltung unter Beweis. Bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 sprachen sich von 3278 Wählern 2836 für von Hindenburg aus, während Adolf Hitler nur 433 Stimmen erzielen konnte. Im Wahlkommentar der Ipf- und Jagst - Zeitung hieß es, „dass Stadt und Land in alter Zentrumstradition

⁷ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 288 vom 15. Dezember 1931, S.5.

⁸ Ebenda S.5.

⁹ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Oktober 1928 bis 30. Juni 1932, in: Ellwanger Jahrbuch Band XI, 1929-1932, S.139.

zusammengehalten haben gegen Hitler und Thälmann für Hindenburg“.¹⁰ Im Aussagewert gleich war das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 10. April 1932. Von 3362 Wählern entschieden sich 2860 der Ellwanger für den wiederum vom Zentrum unterstützten Paul von Hindenburg, während Hitler 450 Stimmen erhielt.¹¹ Die Ipf- und Jagst-Zeitung wertete dieses Ergebnis dahingehend, dass „Stadt und Land treu in der Abwehr des Radikalismus standen und bekundeten nun durch zwei Abstimmungen eindeutig, dass sie nichts wissen wollen von den Zukunftspatenten der Radikalen, sondern zum ehrwürdigen Präsidenten des Reiches Vertrauen haben und auf seinen Reichkanzler Brüning bauen“.¹²

Auch bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 errang die Zentrumspartei wiederum eine überwältigende Mehrheit der Stimmen in Ellwangen. Von 3468 gültigen Stimmen entfielen 2437 auf sie und nur 549 auf die Nationalsozialisten.¹³ Dieser Wahl war ein heftiger Wahlkampf vorausgegangen, der das Ziel hatte, die Ellwanger vor allem gegen die Nationalsozialisten und Marxisten weiter fest sein zu lassen. Die Ellwanger Ipf- und Jagst-Zeitung, ein katholisch orientiertes, dem Zentrum nahe stehendes Blatt, da der Chefredakteur Dr. Franz Kaiser ein aktives Zentrumsmitglied war, hatte die Wähler in einer Reihe von Schlagzeilen und Artikelüberschriften aufgefordert, für das Zentrum zu votieren und vor allem den Nationalsozialisten eine Abfuhr zu erteilen.¹⁴ Auch ein Aufruf der Fuldaer Bischofskonferenz mit der Überschrift „Die vaterländische Pflicht der katholischen Christen“¹⁵, in dem es hieß „schöpfet Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern“¹⁶, verfehlte ihre Wirkung auf die Ellwanger Wählerschaft nicht. Im Wahlkampf wurde auch der

¹⁰ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 61 vom 14. März 1933, S.5.

¹¹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 85 vom 11. April 1933, S.5.

¹² Ebenda S.5.

¹³ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 174 vom 1. August 1932, S.5.

¹⁴ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 93 vom 23. April 1932, S.1.

¹⁵ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 161 vom 16. Juli 1932, S.1.

¹⁶ Ebenda S.1.

bekannteste Zentrumsmann, der in Ellwangen beliebte und geachtete württembergische Staatspräsident Dr. Eugen Bolz eingesetzt, um die Wichtigkeit dieser Wahl zu betonen und die Zentrumshochburg Ellwangen zu stärken. Das Ergebnis zeigte deutlich, dass der Großteil der Ellwanger Wähler sich weiterhin konservativ verhalten und das Zentrum gewählt hatte. Nachdem am 13. September 1932 der Reichstag durch Kanzler Franz von Papen aufgelöst worden war, wurde der Wahlkampf für die Reichtagswahlen am 6. November 1932 eingeläutet. Eine „Versammlungswelle des Zentrums“¹⁷ und zahlreiche Aufforderungen, das Zentrum zu wählen¹⁸, trugen ihre Früchte. Während das Zentrum im Reichsdurchschnitt nur 11,9 Prozent aller Stimmen erhielt und es bei den Nationalsozialisten 33,1 Prozent waren, lag in Ellwangen die Zentrumspartei mit Abstand an der Spitze der Stimmenzahlen. Die Ipf- und Jagst-Zeitung berichtete: „Ellwangen bleibt der Musterbezirk der Zentrumspartei“¹⁹. Der Schwund von 100 Stimmen gegenüber der Juliwahl wurde auf die etwas geringere Wahlbeteiligung zurückgeführt. Welch starke Resonanz die Zentrumspartei in Ellwangen und Umgebung bei diesen Wahlen fand, zeigte die Tatsache, dass der Bezirk Ellwangen an der Spitze von 62 württembergischen Oberamtsbezirken bei einer Aufstellung über die Prozentanteile des Zentrums stand.²⁰ Aus dem prozentualen Vergleich der katholischen Bevölkerung mit der Gesamtbevölkerung zog die Ipf- und Jagst-Zeitung den Schluss, „dass in Württemberg die katholischen Wähler in überwiegender Anzahl ihre Stimme wiederum der Zentrumspartei gegeben haben.“²¹

Zusammenfassend kann das katholische Ellwangen als Hochburg der Zentrumspartei bezeichnet werden, welche unterstützt von der Ipf- und Jagst-Zeitung und unter dem Einwirken der katholischen Kirche die führende Stelle im politischen Leben Ellwangens einnahm. Die Aussage,

¹⁷ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 240 vom 2. November 1933, S.6.

¹⁸ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 255 vom 5. November 1932, S.5.

¹⁹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 256 vom 7. November 1932, S.6.

²⁰ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 260 vom 11. November 1932, S.5.

²¹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 260 vom 11. November 1932, S.5.

dass die Konfessionsbindungen in katholischen Gebieten noch einen Damm gegen Radikalisierungstendenzen gebildet haben, bestätigt sich in Ellwangen. Ernst Kaiser erkannte als weiteren wesentlichen Teil der relativ großen Ellwanger Immunität gegen das nationalsozialistische Gedankengut die sehr zahlreiche Beamtenschaft, die gegenüber extremen politischen Ideen trotz der durch die Notverordnungen bedingten Verschlechterungen immer noch materiell in dieser Zeit der allgemeinen Notlage gesichert war.²²

4 Anfänge des Nationalsozialismus in Ellwangen

4.1 Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP in Ellwangen

Wie bereits im vorigen Teil dargestellt, hatte die Zentrumspartei die vorrangige Machtstellung in Ellwangen inne. Trotzdem fasste der Nationalsozialismus auch in dieser Stadt langsam Fuß. Dieser Vorgang geschah aber nicht in einer alles umfassenden Welle, sondern es wurden in der Zeit vor dem Januar 1933 nur wenige Bürger Anhänger und Wähler des Nationalsozialismus.²³

Die Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP in Ellwangen erfolgte am 25. Februar 1931, nachdem sich am Anfang dieses Monats einige Männer zu einer Vorbesprechung zusammengefunden hatten.²⁴ Insgesamt 13 Mitglieder umfasste die Ortsgruppe, die sich wenige Tage nach der Gründung zur ersten Ortsgruppenversammlung traf. Unmittelbar nach der Gründung wurde ein zweiköpfiger Saalschutz in Form einer SS gebildet, der sich auch in SS-Uniform in Ellwangen sehen ließ.²⁵ Bis zum Januar 1933 wuchs dieser Saalschutz auf eine Stärke von 12 Mann an.²⁶

²² Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Oktober 1928 bis 30. Juni 1932, in: Ellwanger Jahrbuch Band XI, 1929-1932, S.139.

²³ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 288 vom 15. Dezember 1931, S.1.

²⁴ vgl. Nationalzeitung Nr. 47 vom 26. Februar 1934, S.5.

²⁵ Ebenda S.5.

²⁶ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1935, in: Ellwanger Jahrbuch Band XII, 1933-1935, S.96.

4.2 Anfänge der „Nationalzeitung“

Die politische Arbeit der Ortsgruppe in den ersten beiden Jahren nach ihrer Gründung war ein „Aufklärungsfeldzug“²⁷ gegen die Ellwanger Zentrumsparterie und für die Idee des Nationalsozialismus. Plattform der Agitation stellte die „Nationalzeitung“ dar, eine in Heidenheim gedruckte nationalsozialistische Tageszeitung, die ab 1. Oktober 1931 erschien. Neben der Verbreitung von Nachrichten aus der Tagespolitik von Deutschland und aus aller Welt, war es ein Ziel der „Nationalzeitung“, ihren Lesern das nationalsozialistische Gedankengut nahe zu bringen und neue Mitglieder für die Bewegung zu gewinnen. Gegen die heimische, alteingesessene Presse, die Ipf- und Jagst-Zeitung, wurde der Kampf um örtliche Abonnenten und Inserenten aufgenommen. Die Errichtung einer Geschäftsstelle in Ellwangen sollte der Zeitung in dieser Stadt festen Boden unter den Füßen verschaffen. Die lokalen Nachrichten stammten von freien Mitarbeitern. Hierbei war der Schrift- und Pressewart der NSDAP-Ortsgruppe, Adolf Koelle, sehr aktiv. Aktualität und Umfang der lokalen Neuigkeiten ließen sehr oft zu wünschen übrig. Neben spärlichen Berichten über örtliche NSDAP-Veranstaltungen erschienen Gerichts- und Wochenmarktberichte, ab und zu amtliche Bekanntmachungen, manchmal auch Gottesdienstzeiten in der Rubrik „Aus der engeren Heimat - Ellwangen“. Einen verhältnismäßig breiten Raum nahm das „Schwarze Brett“ ein, das gespickt war mit Nachrichten von der Ortsgruppe, der Kreisleitung und der Gauleitung der NSDAP. Nach Koelles Wahl in den Ellwanger Gemeinderat erschienen umfangreiche Berichte über die Sitzungen aus Koelles Feder. Oft verwendete er Punkte aus den nichtöffentlichen Beratungen und musste deshalb vom Gremium Rügen einstecken.²⁸

²⁷ vgl. Nationalzeitung Nr. 47 vom 26. Februar 1934, S.5.

²⁸ vgl. u.a. Gemeinderatsprotokoll 1932 Bd. 68, S.304ff. § 351 III A 1.

4.3 Die Arbeit der Ortsgruppe

Einen ersten Erfolg ihrer politischen Arbeit konnte die Ortsgruppe der NSDAP bei den Gemeinderatswahlen am 13. September 1931 erzielen. Adolf Koelle, Mitbegründer der NSDAP in Ellwangen, zog als einziger Nationalsozialist in das Gemeindeparlament der Stadt Ellwangen ein.

Die politische Arbeit der Ortsgruppe konzentrierte sich jetzt auf die Wahlgänge des Jahres 1932, um hier die Zahl der Hitler- bzw. NSDAP-Wähler auch in Ellwangen zu steigern. Trotz vieler Wahlversammlungen, die sich nicht nur auf das Stadtgebiet erstreckten, sondern auch auf die umliegenden Orte, kam es nicht zum erhofften Durchbruch. Die Stimmenzahlen für die Nationalsozialisten stiegen in Ellwangen nur mäßig. Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen 1932 konnte Hitler in Ellwangen 433 von 3378 abgegebenen gültigen Stimmen gewinnen. Der zweite Wahlgang brachte bei 3362 abgegebenen gültigen Stimmen eine Steigerung um 17 auf 450 Stimmen. Als Vorbereitung für die Landtagswahl im April 1932 entfaltete die Ortsgruppe, besonders Gemeinderat Koelle, eine starke Aktivität, deren Stoßrichtung gegen das Zentrum, die Ipf- und Jagst-Zeitung und deren damaligen Chefredakteur Dr. Franz Kaiser gerichtet war.

Die ablehnende Haltung von Dr. Kaiser als aktives Zentrumsmitglied gegenüber der NSDAP kam in einem Vers der Pennäler Schnitzelbank²⁹ aus dem Jahr 1932 zum Ausdruck, in dem es hieß: „Um die Konkurrenz zu schlagen,/ Welche hier die Nazi wagen,/ Ruft der „Ipf“ sich schnell hierher/ Einen schwarzen Redakteur.“³⁰

In den Wahlkämpfen überboten sich die Kontrahenten. Auf der einen Seite das Ellwanger Zentrum und die Ipf- und Jagst-Zeitung, auf der anderen die Ellwanger NSDAP und die „Nationalzeitung“ mit einer Flut von Verächtlichmachungen der politischen Auffassungen³¹ und des Programms, der zur Wahl stehenden Kandidaten, mit Verleumdungen,

²⁹ Eine Fastnachtsvereinigung, die jährlich am Fastnachtssonntag durch die Ellwanger Gaststätten zieht und in Spottversen über die örtliche Prominenz berichtet.

³⁰ Der Pennäler Schnitzelbank, Versliste 1932, Vers 37.

³¹ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 83 vom 12. April 1932, S.5.

Beleidigungen, Beschimpfungen, Hohn und Totschweigen der Veranstaltungen des Gegners in der eigenen Presse.

Die Reichtagswahlen am 6. Januar 1932 ließen die Aktivitäten der NSDAP-Ortsgruppe Ellwangen noch einmal gewaltig anschwellen. Am 4. Oktober 1932 wurde ein SA-Konzert in der städtischen Turn- und Festhalle abgehalten, bei dem als Redner der Reichtagsabgeordnete Zeller und der Landtagsabgeordnete Dr. Pfannenschwarz, beide NSDAP, aufgeboten wurden. In seiner Ansprache hob Ortsgruppenleiter Heindel den Aufschwung der Ellwanger NSDAP hervor und stellte fest, dass im vorigen Jahr noch unentwegte Zentrumsleute Ellwanger Geschäftsleute notierten, die zum SA-Konzert gingen, und während damals viele Geschäftsleute mit einem gewissen Angstgefühl vor der Gefahr der Geschäftsschädigung das Konzert besuchten, bemerkte man derartiges heute nicht mehr³². Die Parteigenossen der Ortsgruppe wurden vom Ortsgruppenleiter zum Erscheinen verpflichtet³³ und ermahnt „die Freizeit restlos in den Dienst der Bewegung zu stellen“.³⁴ Von der Geschäftsstelle der „Nationalzeitung“, die für den Verkauf von Abzeichen, Fahnen und nationalsozialistischen Zeitungsprodukten zuständig war, wurden die Parteimitglieder aufgefordert, mit dem Rucksack Flug- und Werbeschriften abzuholen und zu verteilen. Sympathisanten und Parteimitglieder wurden immer wieder animiert, für die „Nationalzeitung“ zu werben und nur bei Geschäftsleuten zu kaufen, die in dieser inserierten.

Der Aufbau von Untergruppen der Partei wurde in Angriff genommen und Ende des Jahres 1932 traten die NS-Frauenschaft und die Ortsgruppe des BdM (Bund deutscher Mädchen) in Erscheinung, die hauptsächlich durch Gestaltung von Feiern und Wohltätigkeitsveranstaltungen für den Nationalsozialismus warben. Bei den wöchentlich stattfindenden

³² Nationalzeitung, 2. Jahrgang, 234. Folge vom 5. Oktober 1932, S.6.

³³ vgl. Nationalzeitung, 2. Jahrgang, 259. Folge vom 3. November 1932, S.5.

³⁴ Nationalzeitung, 2. Jahrgang, 259. Folge vom 3. November 1932, S.5.

Ortsgruppenversammlungen wurden auch diejenigen Mitglieder bestimmt, deren Aufgabe es war, in Zentrumsveranstaltungen als Diskussionsredner aufzutreten und nationalsozialistisches Gedankengut dort vorzutragen. Ab und zu wurden auch kleinere Demonstrationsumzüge, vor allem vor Kundgebungen, veranstaltet, um auf die NSDAP aufmerksam zu machen. Zu ernsthaften tätlichen Auseinandersetzungen kam es aber nicht.

Insgesamt gesehen konnte durch die Aktivität der Ortsgruppe die NSDAP in Ellwangen in Erscheinung treten und auch kleinere Erfolge erzielen, aber sie wurde nicht zu einer so potenten Kraft, um große Umwälzungen herbeiführen zu können. Der Chronist Kaiser sprach von einem im Vergleich zu anderen Städten allgemein ruhigen politischen Leben in Ellwangen.³⁵

4.4 Koelles Arbeit im Gemeinderat

Bei der Gemeinderatswahl am 13. Dezember 1931 war es den Nationalsozialisten gelungen, einen Vertreter, Adolf Koelle, in den Gemeinderat zu entsenden, um dort ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Sicherlich war dies schwer, denn von den 20 Sitzen hatte das Zentrum als stärkste Fraktion 17 und die Deutschen Demokraten 2 Sitze inne, während Koelle die NSDAP alleine vertrat. Die Gemeinderäte des Zentrums wollten dem NSDAP-Vertreter so weit wie möglich von den Entscheidungen in der Gemeindepolitik fernhalten und wählten in geheimer Wahl Koelle bei der ersten Gemeinderatssitzung am 12. Januar 1932 nicht in den Verwaltungsausschuss und auch nicht in den Technischen Ausschuss, sondern nur in den weniger bedeutenden Wohlfahrtsausschuss, obwohl der Nationalsozialist mit der Begründung, dass mit ca. 4000 erhaltenden Stimmen ungefähr ein Fünftel der Wähler hinter der NSDAP stehe, vorher Sitz und Stimme in den beiden ersten Abteilungen gefordert hatte. Seine Arbeit im Gemeinderat gestaltete Koelle im Sinne der Gesamtpartei. Durch

³⁵ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Oktober 1928 bis 30. Juni 1932, in: Ellwanger Jahrbuch Band XI, 1929-1932, S.139.

verschiedene Anträge wollte er die Unzufriedenen für die NSDAP werben. Um seine Arbeit im Gemeindeparlament möglichst vielen Ellwanger Wählern vor Augen zu führen, schrieb Koelle Sitzungsberichte und veröffentlichte sie in der „Nationalzeitung“. Dabei scheute er sich nicht, Erfolge auf seine Fahne zu heften, zu denen er gar nichts – oder nur wenig – beigetragen hatte. Koelle musste deshalb in die Gemeinderatssitzung vom 4. Februar 1932, zu der er sich entschuldigen ließ, von Bürgermeister Ettensperger eine Rüge einstecken. „Wenn aber eine Einzelperson oder deren Partei für sich in Anspruch nimmt, dass ein Beratungsgegenstand auf seine Anregung zurückzuführen ist und dies nicht richtig ist, so muss diese Behauptung im Interesse der Wahrheit berichtigt werden. Es ist nicht richtig, dass die Senkung des Gastarifs auf die Anregung der NSDAP zurückzuführen ist, wie in der Nationalzeitung berichtet wurde.“³⁶ Ein im Hinblick auf die 4 Tage später stattfindenden Landtagswahlen wirksamer Vorstoß Koelles am 20. April 1932 auf Kürzung der Sitzungsgelder mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage der Stadtkasse wurde mehrheitlich abgelehnt. Andere in der Nationalzeitung publizierten Vorschläge Koelles und der Ortsgruppe wie eine unentgeltliche Abgabe von städtischem Brennholz an Hilfsbedürftige und Arbeitslose, Beschneidung der Gehälter der städtischen Spitzenbeamten, Hochspielung kleiner Probleme und Missstände, sollten den Wahlberechtigten helfen für die NSDAP zu votieren. Koelles Berichte über den Verlauf der Gemeinderatssitzungen erstreckten sich auch auf Verhandlungspunkte aus nichtöffentlichen Teilen. Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder wollten in der Sitzung vom 10. August 1932 deswegen Koelle anweisen, eine Berichterstattung über Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung zu unterlassen. Dieser aber lehnte ab mit der Begründung, dass die Öffentlichkeit über alles unterrichtet werden müsse.³⁷ Anfang Oktober 1932 wollte die NSDAP-Ortsgruppe eine Anschlagtafel auf städtischem Grund errichten und stellte einen

³⁶ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 28 vom 4. Februar 1932, S.5.

³⁷ Gemeinderatsprotokoll 1932 Bd. 68, S.393 § 441.

entsprechenden Antrag, der vom Gesamtgemeinderat an die Technische Abteilung zur Beschlussfassung überwiesen wurde. Nach Besichtigung mehrerer Plätze, berichtete man dem Gesamtgemeinderat in der Sitzung am 19. Oktober 1932, dass es in den beiden nahe liegenden Städten Crailsheim und Aalen nur große Anschlagkästen gebe, die unter anderem an Häusern eines Parteimitgliedes hingen.³⁸

Koelle, der mittlerweile Kreisleiter für den Bezirk Ellwangen war, war mit der sich abzeichnenden Möglichkeit nicht einverstanden und begründete das Gesuch der Ortsgruppe mit dem Hinweis, dass sich ein Parteimitglied zur Anbringung einer Anschlagtafel an seinem Haus nicht entschließen dürfe, da er sonst sofort den Boykott durch die Anhänger anderer politischen Parteien zu befürchten habe. Dies könne insbesondere ein Geschäftsmann nicht riskieren.³⁹ Bürgermeister Ettensperger und die übrigen Stadträte schlossen sich Koelles Argumentation über Nachteile wirtschaftlicher Art nicht an und lehnten den NSDAP-Antrag mit allen gegen eine Stimme ab.

Koelles Bemühungen, sich im Gemeinderat zu profilieren, beim Aufbau der NSDAP-Ortsgruppe durch Intervention im Gemeindeparlament mitzuhelfen und die NSDAP als einen wichtigen Faktor bei den zur Entscheidung anstehenden Gemeindeangelegenheiten darzustellen, waren weitgehend von Erfolglosigkeit begleitet. Erst die Gemeinderatssitzung vom 30. Januar 1933 gab Koelle Gelegenheit einen weiteren Vorstoß zu unternehmen, um die nationalsozialistische Bewegung und ihren Führer in Ellwangen ins Bewusstsein zu bringen.

³⁸ Gemeinderatsprotokoll 1932 Bd. 68, S.509/510 § 566.

³⁹ Gemeinderatsprotokoll 1932 Bd. 68, S.510.

5 Die Nationalsozialisten übernehmen die Macht

5.1 Der 30. Januar 1933 in Ellwangen

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler, der Führer der NSDAP, vom greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Dieser für die nationalsozialistische Bewegung und ihre Strategie so bedeutende Tag sollte nach dem Willen der Ellwanger Ortsgruppe der NSDAP auch hier sofortigen Niederschlag haben. In der am gleichen Tag ab 17.00 Uhr stattfindenden Gemeinderatssitzung stellte im Namen der Ellwanger Nationalsozialisten Stadtrat Koelle den Antrag, dass der Gemeinderat mit sofortiger Wirkung den Platz beim Bahnübergang „Adolf-Hitler-Platz“ umbenennen sollte.⁴⁰ In seiner Begründung führte Koelle euphorisch aus, dass der heutige Tag für die neuere deutsche Geschichte ein Ereignis von ungeheurer Tragweite bedeute. Der bestgehasste, lange Zeit verfolgte Mann Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten bedürfe einer Genugtuung und habe die in der Platzbenennung zum Ausdruck kommende Rechtfertigung angesichts der unerhörten Presseangriffe der amtlichen Ipf- und Jagst-Zeitung seit Jahr und Tag verdient.⁴¹ In der langen Aussprache zu diesem historischen Ereignis und zu Koelles Antrag brachte Bürgermeister Ettensperger mit der Begründung, öffentliche Straßen und Plätze nicht nach politischen Führern zu benennen, seine Ablehnung zum Ausdruck.⁴² Stadtrat Merz, Fraktionsvorsitzender des Zentrums, sprach davon, die Taten Hitlers erst abzuwarten und zu sehen, ob er Deutschland aus der Not führen könne und ihn erst dann zu ehren⁴³, während der Stadtrat Dierolf, Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei, diesen Antrag für wichtig hielt, aber vorher mit der Bürgerschaft Fühlung aufnehmen wollte.⁴⁴ Koelle, der die ablehnende Haltung des Gemeindeparlaments wohl erwartet hatte, stieß nach, sprach von einer

⁴⁰ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.68 § 77.

⁴¹ Ebenda S.66.

⁴² Ebenda S.69.

⁴³ Ebenda S.69.

⁴⁴ Ebenda S.69.

„Zwickmühle“ und stellte drohend in Aussicht, dass, wenn der Antrag abgelehnt werde, man dies eines Tages schwer bedauern würde.⁴⁵ Auch der Hinweis, dass Hitler schon in vielen Gemeinden Deutschlands Ehrenbürger sei⁴⁶, konnte die Gemeinderäte nicht umstimmen. Koelles Antrag auf sofortige Ehrung Hitlers fiel mit allen gegen eine Stimme durch. Die vorsichtige, abwartend ablehnende Haltung der Gemeinderäte spiegelte sich auch in der in Ellwangen weit verbreiteten Zentrums Presse wieder. Im Leitartikel „In Ruhe abwarten“, wurde zwar bedauert, dass bei der Regierungsbildung das Zentrum übergangen worden sei, dann aber festgestellt, dass endlich die alte Zentrumsforderung, den Nationalsozialismus in die Verantwortung hineinzuzwingen, erfüllt worden sei.⁴⁷ Ganz anders berichtete die Nationalzeitung über diesen Tag. „Unser Führer zum Reichskanzler ernannt“⁴⁸ prangt neben Hitlers Bild auf der Titelseite. Dass dieses Ereignis vom Ellwanger Gemeinderat nicht in der von Koelle gewünschten Weise gewürdigt wurde, wurmte den NSDAP-Stadtrat nicht nur, sondern er sprach auch offene Drohungen aus: „Andererseits werden wir Nationalsozialisten einem Stadtparlament gegenwärtiger Zusammensetzung niemals mehr Gelegenheit geben, seinen Mangel an Gefühl und Ritterlichkeit so beschämend zum Ausdruck zu bringen.“⁴⁹ Diese drohende und versteckte Andeutung zur Umbesetzung des Gemeinderats, geäußert am Tage der Machtübernahme, war der Beginn einer gewaltigen Umwälzung, die auch Ellwangen erfasste.

⁴⁵ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.69 § 77.

⁴⁶ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 48 vom 27. Februar 1932, S.3.

⁴⁷ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 25 vom 31. Januar 1933, S.1.

⁴⁸ Nationalzeitung 25. Folge vom 31. Januar 1933, S.1.

⁴⁹ Bericht von Stadtrat Koelle in: Nationalzeitung 26. Folge vom 1. Februar 1933, S.8.

5.2 Die Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen im März 1933

Die Vorbereitungen zur Reichstagswahl am 5. März 1933 bescherten Ellwangen eine Flut von Wahlveranstaltungen und Aktivitäten der NSDAP. In einer Bekanntgabe der Kreisleitung wurde als anzustrebendes Ziel für den Wahlkampf postuliert, dass der Nationalsozialismus auch im Ellwanger Bezirk so fest verankert sein müsse, dass er durch nichts mehr zu erschüttern sei.⁵⁰ Die Parteigenossen sollten nationalsozialistische Zeitungen weitergeben und damit für die Hitlerpartei werben.⁵¹ Werbeschriften, Plakate und Flugblätter mussten durch Parteigenossen verteilt werden.⁵² Weitere öffentliche Angriffe sollten Unzufriedene für die NSDAP werben.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch eine Eingabe an den Gemeinderat zu werten, die die städtischen Holzhauer gegen ihren Oberholzhauer vorbrachten, dem sie ungenügende Arbeitsleistung und Eigennutz als Geldrechner vorwarfen und als deren Verteidiger sich Stadtrat und Kreisleiter Koelle entpuppte.⁵³

Die Auseinandersetzung mit dem Zentrum, das für den Wahlkampf alle Kräfte mobilisierte und führende Männer in Ellwangen aufbot, wie beispielsweise den württembergischen Justizminister und Vorsitzenden der Zentrumspartei Dr. Beyerle, wurde sehr hart und teilweise mit massiven Drohungen geführt. Bereits am 3. Februar 1933 zeigten die Nationalsozialisten die gewählten Druckmittel für die Wahlauseinandersetzung. Nach einem Rückblick auf die Zeit der journalistischen Kämpfe in Ellwangen vor dem 30. Januar 1933 und nach persönlichen Angriffen gegen Dr. Franz Kaiser wurde gedroht: „Nicht ganz

⁵⁰ Nationalzeitung 31. Folge vom 7. Februar 1933, S.8.

⁵¹ vgl. Nationalzeitung 26. Folge vom 1. Februar 1933, S.3.

⁵² vgl. „Aufruf der Kreisleitung Ellwangen“ in: Nationalzeitung 53. Folge vom 4. März 1933, S.8.

⁵³ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 51 vom 2. März 1933 sowie Nationalzeitung vom 3. März 1933, S.8.

ausgeschlossen ist es, dass dem IpF im Dritten Reich das „Mäule“⁵⁴ verboten wird.“⁵⁵ In einer „Offenen Anfrage“⁵⁶ am 7. Februar 1933 wollte Ortsgruppenleiter Gotthilf Heindel im Auftrag der Ortsgruppe Ellwangen der NSDAP von Dr. Karl Sättele, dem stellvertretenden Chefredakteur der Ellwanger IpF- und Jagst-Zeitung, wissen, ob er sich Tage zuvor öffentlich geäußert habe, „dass der Führer der deutschen Freiheitsbewegung Reichskanzler Adolf Hitler“ ein „Etappenschwein“ gewesen sei.“⁵⁷ Die Absichten dieser Aktivitäten waren allzu deutlich. Kurze Zeit später wurde die IpF- und Jagst-Zeitung wieder angegriffen und mit Drohungen bedacht, als die Nationalzeitung einen Artikel der Konkurrenz, in dem berichtet wurde, dass alle deutschen Sender zur Übertragung einer Hitler-Wahlrede gezwungen werden würden, zum Anlass nahm zu sagen: „Die Abrechnung wird entsprechend ausfallen.“⁵⁸ Um Ellwanger Bürger, die aktiv für das Zentrum eintraten, einzuschüchtern, griffen die Nationalsozialisten zu öffentlichen Brandmarkungen und verbanden damit weitere Drohungen. Dem katholischen Kaplan Zörlein wurde unter der Überschrift „Missbrauch des geistlichen Amtes zur Volksverhetzung“⁵⁹ vorgeworfen, „politische Brunnenvergiftung schlimmster Art“ und „Agitation für das Zentrum zu betreiben.“⁶⁰ Der Kaplan wurde von der unterzeichnenden Ortsgruppe Ellwangen der NSDAP verwarnt und darauf aufmerksam gemacht, dass er weiter beobachtet werden würde.

Im Bestreben, am 5. März eine große Zahl von NSDAP-Stimmen zu erhalten, versuchte die Ortsgruppe, das Zentrum und die IpF- und Jagst-Zeitung nach bewährtem Rezept in Verruf zu bringen, der Verleumdung zu bezichtigen und auch zu überführen. In dem Artikel mit dem Titel „Abrechnung mit dem Zentrum, die NSDAP greift an“⁶¹, wird der IpF- und

⁵⁴ doppelsinnige Bedeutung, da Friedrich Mäule Geschäftsführer der IpF- und Jagst-Zeitung war.

⁵⁵ Nationalzeitung 28. Folge vom 3. Februar 1933, S.8.

⁵⁶ Nationalzeitung 31. Folge vom 7. Februar 1933, S.7.

⁵⁷ Ebenda, S.7.

⁵⁸ Nationalzeitung 40. Folge vom 17. Februar 1933, S.7.

⁵⁹ Nationalzeitung 42. Folge vom 20. Februar 1933, S.8.

⁶⁰ Ebenda S.8.

⁶¹ Nationalzeitung 42. Folge vom 20. Februar 1933, S.8.

Jagst-Zeitung, die als „schwarze Tante aus der berüchtigten Spitalstraße“ bezeichnet wird, folgendes gesagt: „Alle Anwürfe und Verleumdungen, die du seither gegen den Nationalsozialismus ins Feld führtest, dir von den bisher gutgläubigen Lesern deines allerchristlichen Blattes an der Jagst nicht mehr glauben werden.“⁶² Mit der Überschrift im Lokalteil der Nationalzeitung „Zentrumsverleumder am Werk“⁶³ wurde dann von Stadtrat Koelle nachgestoßen und der scheinbar öffentliche Beweis angetreten. Koelle schrieb in seinem Artikel, dass „anonyme Schreiberlinge“ des Zentrums behaupteten, er – also Koelle – habe kürzlich in Ellwangen eine junge katholische Frau geheiratet. Diese habe katholische Kindererziehung und Trauung verlangt. Um das zu verhindern, sei Adolf Hitler, der zweite Luther, persönlich in Ellwangen erschienen, habe die katholische Trauung verboten und der angeordneten evangelische selbst beigewohnt.⁶⁴

Durch solcherlei Artikel, in denen angebliche Lügen öffentlich entlarvt wurden, sollten vor allem katholische Wähler vom Zentrum abspenstig gemacht werden. Bei dieser Kampagne zur Gewinnung von Katholikenstimmen wurde mit einem Leserbrief⁶⁵ in der Ipf- und Jagst-Zeitung bestritten, dass das Zentrum neben der Bayrischen Volkspartei die alleinige politische Vertretung der gläubigen Katholiken Deutschland sei. Das Zentrum habe nur immer die Religion im Munde, die Taten aber seien nicht christlich. In anderen NSDAP-Veranstaltungen wurden, der früheren Taktik treubleibend, jeweils bestimmte soziale Gruppen der Bevölkerung angesprochen, so auch am 20. Februar 1933 die Handel- und Gewerbebetreibenden und am 21. Februar 1933 anlässlich des Marktes die Ellwanger Bauern. Dabei wurde es den Teilnehmern als „Pflicht“ auferlegt, am 5. März die NSDAP zu wählen, weil sie für die Interessen der angesprochenen Gruppen eintreten würden.

⁶² Nationalzeitung 42. Folge vom 20. Februar 1933, S.8.

⁶³ Nationalzeitung 45. Folge vom 23. Februar 1933, S.7.

⁶⁴ vgl. Ebenda S.7.

⁶⁵ vgl. Nationalzeitung 43. Folge vom 21. Februar 1933, S.8.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurden beide Parteien nochmals sehr aktiv. SA und SS veranstalteten am 5. März 1933 einen Fackelzug durch Ellwangen, an dem etwa 70 Personen teilnahmen. Am Vortag der Wahl wurden Flugblätter der NSDAP mit dem Titel „Katholische Glaubensgenossen!“ von Uniformierten verteilt. Den zur Wahl der NSDAP auffordernden Schlagzeilen in der Nationalzeitung standen solche der Ipf- und Jagst-Zeitung gegenüber: „Der Sieg muss Gottes bleiben.“⁶⁶ Für den Abend vor der Wahl hatte das Zentrum eine Versammlung in der Turnhalle unter dem Motto „Heute Abend demonstriert das katholische Ellwangen“⁶⁷ angesetzt, während die NSDAP-Ortsgruppe auf dem Marktplatz eine Führerrede über Lautsprecher übertragen ließ.

Das Ergebnis dieser Wahl brachte eine triumphierende Schlagzeile in der Nationalzeitung: „Die Ketten sind gefallen – das Volk ist frei“.⁶⁸ Die NSDAP hatte zwar 288 Reichtagsmandate erobert und gegenüber der Wahl im November 1932, 5,5 Millionen Stimmen hinzugewonnen, aber mit 44 Prozent der Stimmen nicht die absolute Mehrheit erhalten. In Württemberg nahm die NSDAP im Vergleich zur letzten Reichstagswahl um über 320 00 Stimmen zu und verdoppelte nahezu ihre Wählerzahl. Im Reich konnte das Zentrum annähernd 200 000 Stimmen gewinnen und einen Anteil von 10,9 Prozent aus sich vereinigen. In Württemberg gewann die Zentrumsparterie ca. 11 000 Stimmen hinzu.

Der Wahlausgang für die NSDAP in der Stadt Ellwangen hatte aber nicht den von den Nationalsozialisten gewünschten Erfolg. Von 3579 gültigen Stimmen fielen 896 an die NSDAP. Gegenüber den Novemberwahlen 1932 waren das 326 Stimmen mehr. Das Zentrum blieb mit 63 Prozent der Stimmen Wahlsieger, konnte es doch 2258 Stimmen auf sich verbuchen und musste nur 69 Stimmen gegenüber den Novemberwahlen abgeben. Der Wahlkommentar der Ipf- und Jagst-Zeitung analysierte das Ergebnis und deutete die Zunahme der NSDAP-Stimmen als Resultat der

⁶⁶ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 53 vom 4. März 1933, S.1.

⁶⁷ Ebenda S.5.

⁶⁸ Nationalzeitung 54. Folge vom 6. März 1933, S.1.

„Mobilisierung der bisherigen Wahlfaulen“.⁶⁹ Die Nationalzeitung bestätigte diese Aussage folgendermaßen: „...haben aus den bisherigen Nichtwählern den ganzen Zuwachs restlos auf uns vereinigt“.⁷⁰ Man fügte aber hinzu, dass weitere Stimmen dem Zentrum und dem Bolschewismus abgejagt worden seien.

Bei der Betrachtung dieses Ergebnisses kann der Schluss gezogen werden, dass die Zuwachsrate der NSDAP in Ellwangen bei dieser Wahl im Vergleich zum Reich bzw. zu Württemberg unterdurchschnittlich war und dass es der NSDAP nicht gelungen war, den erhofften Einbruch in die Zentrumshochburg zu schaffen. Die Einflüsse der katholischen Kirche und des Zentrums, gestärkt durch den Aufruf katholischer Bischöfe⁷¹ und den journalistischen Darlegungen der Ipf- und Jagst-Zeitung, die von „Verboten über Verbote“⁷² berichtete, hatten mehr Erfolg gezeigt, als die lockenden und drohenden Naziparolen. Der NSDAP war es seit der Machtübernahme nicht gelungen, eine breite Mehrheit in der Ellwanger Bevölkerung für sich zu gewinnen. Das traditionelle Wahlverhalten der Ellwanger, von der Ipf- und Jagst-Zeitung beschworen und vor aller Augen geführt⁷³, hatte sich noch einmal durchgesetzt.

6 Ausbau und Festigung der Macht

6.1 Die Vorgänge bis zum Ermächtigungsgesetz

Die Ereignisse im Dritten Reich und in Württemberg fanden auch in Ellwangen ihre Widerspiegelung. Am Nachmittag des 8. März 1933 veranstaltete die NSDAP einen Umzug durch Ellwangen. Anschließend hissten SA und SS auf der Ellwanger Polizeischule „die Fahne des

⁶⁹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 54 vom 6. März 1933, S.7.

⁷⁰ Nationalzeitung 55. Folge vom 7. März 1933, S.8.

⁷¹ Kirchliche Mitteilung für die katholische Pfarreien Ellwangen und Schönenberg Nr. 10 vom 5. März 1933, S.2.

⁷² vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 48 vom 27. Februar 1933, S.1.

⁷³ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 52 vom 3. März 1933, S.5.

erwachten Deutschlands.“⁷⁴ Nach der Rede eines Ellwanger Parteigenossen bewegte sich der Zug zum Rathaus, wo die Hakenkreuzfahne gehisst wurde. Anschließend formierte sich ein Fackelzug zum Oberamt, um auch dort das Hakenkreuzbanner aufzuziehen und das Horst-Wessel-Lied zu singen. Zum Schutz der Fahne wurden während der Nacht Doppelposten der SS eingesetzt.⁷⁵ Die Ipf- und Jagst-Zeitung erwähnte in ihrer Berichterstattung diese Vorgänge nicht, sondern brachte am 11. März auf der Anzeigenseite eine sich über ein Drittel der Seite erstreckende Erklärung der Zentrumspartei Ellwangen, in der gegen die Flaggenhissung auf dem Rathaus Stellung bezogen wurde. Scharf protestiert wurde vor allem gegen den nationalsozialistischen Redner, der als Herausforderung und Beleidigung „Dr. Bolz als Staatspräsidenten wie als Zentrumsführer öffentlich in verletzender Weise herabgesetzt“ und gegen die deutsche Zentrumspartei beleidigende Angriffe gerichtet“⁷⁶ habe. Das Zentrum als „politische Vertretung der Mehrheit der katholischen Bevölkerung Ellwangers“⁷⁷ wies in einer Erklärung diese Angriffe mit aller Entschiedenheit zurück. Die Ellwanger Nationalsozialisten reagierten auf die Erklärung des Zentrums in Ellwangen mit einem in der Nationalzeitung veröffentlichten Artikel „Die Zeichen der Zeit nicht verstanden“.⁷⁸ Sie warfen dem Zentrum Feigheit vor, denn „über dieses vaterländische Ereignis in unwahrer und entstellender Weise zu berichten, dazu hat man seit dem 5. März nicht mehr den Mut und die Wahrheit steht bekanntlich nicht auf der Zentrumsfahne.“⁷⁹ Im drohenden Schlusssatz wurde den Ellwanger Zentrumsleuten bestätigt, dass sie die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden und „restlos ausgeflötet“ hätten.⁸⁰ Eine weitere Drohung, gerichtet gegen den im Ellwanger Zentrum besonders als Redner in

⁷⁴ Nationalzeitung 59. Folge vom 11. März 1933, S.8.

⁷⁵ vgl. Nationalzeitung 59. Folge vom 11. März 1933, S.8.

⁷⁶ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 59 vom 11. März 1933, S.8.

⁷⁷ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 59 vom 11. März 1933, S.8.

⁷⁸ Nationalzeitung 62. Folge vom 15. März 1933, S.8.

⁷⁹ Ebenda S.8.

⁸⁰ Ebenda S.8.

Wahlkämpfen aktiven Stadtrat und Oberlehrer Stehle, wurde über die Nationalzeitung publik gemacht.⁸¹ Darin hieß es, dass Stehle „das Volk weiterhin mit zertrümmlich-marxistischem Geist versuche“, und es wurde angekündigt, dass „der neue Staat seine Steuergelder anders zu verwenden wisse, als für die Bezahlung solcher Arbeit.“⁸² Oppositionelle Kräfte sollten so diffamiert und schließlich mundtot gemacht werden. Auch den in Ellwangen sehr zahlreich vorhandenen Behördenvorständen und Beamten wurde eine solche Drohung zuteil.⁸³ Um den offensichtlich vom „Schwung“ der „deutschen Revolution“ nicht angesteckten „kurz tretenden Behördenvorständen“ zu zeigen, dass die starke Zentralgewalt des Reiches bis in die „undeutsche Stadt“ Ellwangen reicht⁸⁴, wurde ein Wort des Polizeimajors Göhrum zitiert: „Wer den Kurs nicht mitmachen kann oder will, der ziehe die entsprechenden Folgerungen.“⁸⁵

Dieses massive Vorgehen zeitigte seine für die Nationalsozialisten ersten positiven Auswirkungen bei der Gemeinderatssitzung am 22. März 1933. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Bürgermeister vor dem Gemeinderat eine Ansprache, in der er erklärte, „dass die städtischen Beamten und ich uns auf den Boden der geschaffenen Verhältnisse stellen und auch unter der neuen Regierung voll und ganz unsere Pflicht erfüllen werden.“⁸⁶ Gleichzeitig brachte Ettensperger zum Ausdruck, dass er hoffe, dass der Gemeinderat von denselben Gefühlen durchdrungen sei. Diese Gemeinderatssitzung aber „brachte in freiwilliger Anerkennung der durch die politische Entwicklung geschaffenen Lage“⁸⁷ eine Stärkung der Stellung des Nationalsozialisten Koelle im Gemeinderat. Durch den Rücktritt von Stadtrat Josef Baumgärtner am 6. März 1933 war ein Sitz in der Verwaltungsabteilung freigeworden, den aber nicht Baumgärtners Nachfolger, sondern auf Empfehlung Ettenspergers der Nationalsozialist

⁸¹ vgl. Nationalzeitung 64. Folge vom 17. März 1933, S.8.

⁸² Nationalzeitung 64. Folge vom 17. März 1933, S.8.

⁸³ Nationalzeitung 62. Folge vom 15. März 1933, S.8.

⁸⁴ Ebenda S.8.

⁸⁵ Ebenda S.8.

⁸⁶ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.155f. § 178.

⁸⁷ Nationalzeitung 70. Folge vom 24. März 1933, S.5.

bekommen sollte. Der Bürgermeister begründete seinen Vorschlag, „es sei der Wille des Gesetzgebers, dass in den einzelnen Abteilungen die verschiedenen Parteien vertreten sind; zudem halte er es für gerecht, billig und taktisch klug, wenn auf diese Weise der politischen Zusammensetzung der Bevölkerung, wie sie sich aus der Wahl zu Reichstag am 5. März ergeben hat, Rechnung getragen werde.“⁸⁸ Bei der geheimen Abstimmung erhielt Koelle von 19 Anwesenden 14 Stimmen.

Zur Stärkung des „neues Denkens“ wurden vom württembergischen Kultusminister für den 18. März 1933 nationale Schulferien angeordnet, zu deren Teilnahme Schüler und Lehrer verpflichtet waren. Die Schulen sollten, wohl als Symbol für den Einzug des nationalsozialistischen Geistes, mit der Hakenkreuzflagge geschmückt werden. Um auch der Ellwanger Bevölkerung die Bedeutung des „Tages von Potsdam“ ins Bewusstsein zu führen, war für die öffentlichen Gebäude Beflaggung angeordnet worden und die NSDAP-Ortsgruppe hatte für den Abend zu einem Fackelzug der SA und SS aufgerufen, an dem sehr zum Erstaunen des Berichterstatters der Nationalzeitung⁸⁹ neben der Hitlerjugend und der Hilfspolizei die städtische Polizei, die Stadtkapelle, die Polizeischulabteilung, die Landjägersmannschaft, der Frontkämpferbund, der Krieger- und Veteranenverein, der Kameradenbund Ulmer Grenadiere und der Turnverein teilnahmen. Vor der Turnhalle sprach Ortsgruppenleiter Heindel vom „neuen Geist von Potsdam“ und „der Regierung der nationalen Revolution.“⁹⁰

6.2 Auflösung und Neubildung des Ellwanger Gemeinderats

Nachdem Hitler und die NSDAP am 23. März 1933 die nicht nationalsozialistischen Parteien im Reichstag, mit Ausnahme der SPD, überredet hatten, dem verfassungsändernden „Gesetz zur Behebung der

⁸⁸ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.158 § 183.

⁸⁹ vgl. Nationalzeitung 70. Folge vom 24. März 1933, S.5.

⁹⁰ Nationalzeitung 70. Folge vom 24. März 1933, S.5.

Not von Volk und Reich“, dem so genannten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, war das Parlament ausgeschaltet. Die NSDAP konnte nun daran gehen, ihre bisherige Machtstellung im Staat weiter zu festigen.

Eine erste Station dazu stellte das am 31. März 1933 von der Reichsregierung beschlossene und verkündete „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ dar, mit dem „das Ende jeder parlamentarisch-konstitutionellen Regierung auch in den Ländern“ gekommen war. Gleichzeitig löste dieses Gesetz auch die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper auf, um sie anschließend neu zu bilden, „nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 abgegeben wurden. Stimmen für die kommunistische Partei oder deren Ersatzorganisationen sollten keine Berücksichtigung finden. Der aus zwanzig Herren bestehende Ellwanger Gemeinderat war durch dieses Gesetz also aufgelöst worden und durfte ab Mai 1933 nur noch 12 Mitglieder umfassen. Die Parteien sollten ihre Wahlvorschläge einreichen und dann sollte ihnen die zustehende Sitzzahl zugeteilt werden. Die Ellwanger Zentrumspartei bildete am 8. April 1933 einen 120 Mitglieder starken Ausschuss, um die neue Ellwanger Zentrumsfraktion im Gemeinderat zu benennen.⁹¹ Bei den Nationalsozialisten behielt sich die Kreisleitung diese Aufgabe vor.⁹²

Der neue Gemeinderat setzte sich aus 8 Zentrumsvertretern und 4 Nationalsozialisten zusammen. Die Deutschen Demokraten, die seither 2 Sitze inne hatten, waren leer ausgegangen.

Die erste Sitzung des neuen Gemeinderats fand am 3. Mai 1933 statt. Wie sehr die nationalsozialistische Gedankenwelt sich unter Druck auf dem Rathaus ausgebreitet hat, verdeutlichen die Reden, die vor Eintritt in die Tagesordnung, gehalten wurden. Bürgermeister Ettensperger sprach von der nationalen Revolution mit einem „Gefühl der Erleichterung, der Befreiung, des Aufatmens und wiederbeginnenden Hoffens.“⁹³ Gleichzeitig formulierte es vorsichtig, wahrscheinlich an die Adresse der NSDAP-

⁹¹ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 84 vom 10. April 1933, S.5.

⁹² vgl. Nationalzeitung 80. Folge vom 5. April 1933, S.8.

⁹³ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.183.

Fraktion gewandt, die Hoffnung auf gute Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.⁹⁴ Im Namen der Zentrumsfraktion sprach Rechtsanwalt Merz vom Grundsatz, „dass das Wohl des Volksganzen über das der Partei gestellt werden muss“⁹⁵ und drückte seine Hoffnung aus, „dass die neue politische Entwicklung einer glücklichen Zukunft entgegenführen möge.“⁹⁶ Kreisleiter Koelle, der Sprecher der NSDAP-Rathausfraktion, betonte seinen Willen „einen Strich unter die politischen Kämpfe der Vergangenheit zu setzen.“⁹⁷ Mit der Zentrumsmehrheit war er aber nicht einverstanden, denn „wir sind uns aber auch bewusst, dass wir heute, hätten wir nach dem 5. März nochmals die Wahl gehabt, in Stärke von mindestens der Hälfte des Gemeinderats hier säßen.“⁹⁸ Aus dieser eigenen Interpretation heraus, bat Koelle die Zentrumsstadträte und Bürgermeister Ettensperger, diese Tatsache „zu beachten, wenn wir Vier in unerschütterlicher Geschlossenheit hier auf dem Rathaus unseren Pflichtenkreis zu erfüllen bestrebt sind.“⁹⁹ Damit versuchte Koelle anzudeuten, wer auf dem Ellwanger Rathaus den politischen Ton angeben wollte, wenn auch die Mehrheitsverhältnisse dies eigentlich nicht ermöglichten. Zur Verdeutlichung und als symbolisches Zeichen überreichte er ein Bild des Führers mit dem Wunsch, dass dieses im Sitzungssaal einen würdigen Platz erhalten möge. Bei der Besetzung der Ausschüsse erhielten die Nationalsozialisten in der fünfköpfigen Verwaltungsabteilung 2 Sitze, während in der vierköpfigen Technischen Abteilung ein Nationalsozialist saß. Bei der Wahl der Bürgermeisterstellvertreter kam ein Nationalsozialist als dritter Stellvertreter zum Zuge. Nachdem die NSDAP auf dem Rathaus fest etabliert war, ging sie daran, dies auch nach außen, also der Ellwanger Bevölkerung, mit einer Fülle von Anträgen deutlich zu machen. In der Eröffnungssitzung wurde beantragt, nachdem schon vorher Bürgermeister Ettensperger in seiner

⁹⁴ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.184f.

⁹⁵ Ebenda S.186.

⁹⁶ Ebenda S.186.

⁹⁷ Ebenda S.186.

⁹⁸ Ebenda S.186.

⁹⁹ Ebenda S.186.

Rede diesen Vorschlag angedeutet hatte¹⁰⁰, das im Werden begriffene neue Schulhaus mit dem Namen des Führers zu benennen und den Namen „über dem Haupteingang einzumeißeln.“¹⁰¹ Der Gemeinderat stimmte ohne Aussprache diesem NSDAP-Antrag einstimmig zu. Ein weiterer Antrag¹⁰² in gleicher Sitzung sollte bewirken, die Lange Straße, eine Hauptgeschäfts- und Durchgangsstraße für den überörtlichen Verkehr in Adolf-Hitler-Straße, ebenso die Schmiedstraße in Hindenburgstraße und die Spitalstraße in Bismarckstraße umzubenennen. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass „äußere symbolische Kennzeichen zur steten Erinnerung an diese gewaltige Revolution zu schaffen“¹⁰³ seien. Bismarck wurde dabei als Gründer, Hindenburg als Erhalter und Hitler als Erneuerer des Reiches apostrophiert. Dieser Antrag brachte eine erste öffentliche Kraftprobe im Gemeinderat. Der Vorsitzende zeigte Bedenken gegen die Umbenennung der Spitalstraße. Ebenso äußerten sich die anderen Stadträte, deren Namen aber - entgegen sonstiger Praxis - nicht im Protokoll vermerkt wurden. Die Zentrumsfraktion zog sich zur Beratung zurück und stimmte anschließend einstimmig dafür, die Lange Straße in Adolf-Hitler-Straße umzubenennen, während die beiden anderen Namensänderungen mit den acht Stimmen des Zentrums abgelehnt wurden und ein Ersatzantrag des Zentrums, die Haller Straße in Bismarckstraße umzutaufen, gegen die Stimmen des NSDAP angenommen wurde.“¹⁰⁴

6.3 Die Ausschaltung der Zentrums Gemeinderäte

Am 27. Mai 1933 stellte Kreisleiter und NSDAP-Stadtrat Koelle sein Mandat im Ellwanger Gemeinderat zur Verfügung, weil er nach Stuttgart zur Württembergischen Politischen Polizei einberufen worden war. Für ihn rückte SS-Führer und Geschäftsführer der Nationalzeitung Josef Meier in

¹⁰⁰ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 103 vom 5. Mai 1933, S.5.

¹⁰¹ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.191 § 225.

¹⁰² Ebenda S.204 § 238.

¹⁰³ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.204 § 238.

¹⁰⁴ Ebenda, S.205 § 238.

den Gemeinderat nach und übernahm auch Koelles Sitz in der Verwaltungsabteilung.¹⁰⁵ Die von den Nationalsozialisten erzwungene Selbstauflösung der deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 führte auch im Ellwanger Gemeinderat zu Konsequenzen. Den Abgeordneten im Reichstag, den Landtagen und den Gemeinderäten war von der Reichsleitung des Zentrums anheim gestellt worden, das Mandat niederzulegen oder fraktionslose Abgeordnete zu bleiben.¹⁰⁶ In der Gemeinderatssitzung vom 26. Juli 1933 wurde von Bürgermeister Ettensperger festgestellt, dass alle Zentrumsstadträte, mit Ausnahme der Herren Pfisterer und Holderried, ihr Mandat niedergelegt hätten.¹⁰⁷ In einem „Aufruf an alle“ hatte Ortsgruppenleiter Heindel zuvor die Erwartung ausgesprochen, dass die Ellwanger Gemeinderäte des Zentrums „bis zur gesetzlichen Regelung das Rathaus nicht mehr betreten“.¹⁰⁸ Stadtrat Eiberger widerrief seine Rücktrittserklärung nachträglich und Stadtrat Stehle entschied sich während der Sitzung für eine Beibehaltung seines Mandates. Eiberger und Pfisterer traten als Hospitanten der NSDAP-Fraktion bei. Von der aufgelösten Zentrumspartei waren mit Holderried und Stehle nur noch zwei Parteimitglieder im Stadtparlament vertreten. Die Gemeinderatssitzung am 9. August 1933, bereits unter dem neuen Vorsitz des 1. Bürgermeisterstellvertreters, Ratsschreiber Rothmaier, sah nur die NSDAP-Stadträte, die beiden Hospitanten, Stadtrat Holderried und den Ersatzbewerber Ulrich Götz, im Sitzungssaal, während Stehle entschuldigt war und das Protokoll drei Sitze als frei bezeichnete.¹⁰⁹ Die Nationalsozialisten wollten namens der NSDAP-Fraktion den bereits am 26. Juli 1933 gemachten mündlichen Hinweis zu § 424 (Nachrücken der Zentrumsbewerber) nachträglich in das Protokoll aufgenommen haben. Damals hatten die Nationalsozialisten erklärt, dass die auf dem Wahlvorschlag der früheren Zentrumspartei für die Nachrückung in Frage

¹⁰⁵ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S. 295 § 336.

¹⁰⁶ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 152 vom 6. Juli 1932, S.1.

¹⁰⁷ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S. 356 § 424.

¹⁰⁸ Nationalzeitung Nr. 158 vom 12. Juli 1933, S.8.

¹⁰⁹ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.362.

kommenden Herren für die NSDAP nicht tragbar seien.¹¹⁰ Obwohl so Götz von der Annahme seines Mandats abgehalten werden sollte, beharrte er auf Übernahme des Sitzes. Beim nächsten Tagesordnungspunkt, bei der es um die Verpflichtung von Stadtrat Götz ging, lehnten die Nationalsozialisten den Zentrumsmann erneut ab, „da er nicht die Gewähr biete, rückhaltlos für den heutigen Staat einzutreten.“¹¹¹ Stadtrat Heindel empfahl Götz den freiwilligen Verzicht, weil die NSDAP sonst ein Disziplinarverfahren gegen ihn anstrengen müsse. Gegen den anderen Zentrumsstadtrat, Oberlehrer Stehle, war ein solches bereits eingeleitet worden und Heindel kündigte an, dass dieses Verfahren auf alle Zentrumslistenbewerber angewendet werden sollte, die in den Gemeinderat nachrücken wollten. Von den in Frage kommenden Kandidaten hatte Kürschnermeister Eberle bereits mit der Begründung abgelehnt, seit dem 23. Mai 1933 nicht mehr Mitglied der Zentrumspartei zu sein. Die beiden anderen Bewerber, Dr. Hippler und Schriftsetzer Kramer, waren zu dieser Sitzung nicht erschienen, was die Nationalzeitung in ihrem Bericht höhnisch vermerkte.¹¹² Die NSDAP bekräftigte nochmals, dass eine Zusammenarbeit mit allen Zentrumsbewerbern nicht in Frage kommen könne. Die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats nahmen Kenntnis von dieser Aussage und den Betroffenen sollte schriftlich Bescheid gegeben werden. Wie die Nationalsozialisten die Zentrumsleute ausschalten und den Gemeinderat doch funktionsfähig halten wollten, zeigt der anschließende Punkt der Tagesordnung. Da die Zahl der Gemeinderatsmitglieder auf zwei Drittel gesunken war, musste das Gremium nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ergänzt werden. Die Nationalsozialisten lehnten aber alle in Frage kommenden Kandidaten ab. Sie schlugen eine Ergänzung durch Verfügung der Aufsichtsbehörde vor.¹¹³

¹¹⁰ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.362 § 433.

¹¹¹ Ebenda S.362 § 434.

¹¹² vgl. Nationalzeitung Nr. 184 vom 11. August 1933, S.5.

¹¹³ vgl. Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.363 § 435.

In der Zeit danach hatten Stadtrat Stehle sowie der neu eingetretene Ulrich Götz ihre Mandate niedergelegt. Vom „Restgemeinderat“ war in der Sitzung am 16. August 1933 dem diesbezüglichen Ersuchen entsprochen worden.¹¹⁴ Auch sämtliche Ersatzbewerber der Zentrumsliste hatten zwischenzeitlich um Entbindung von der Amtsübernahme nachgesucht¹¹⁵, mit Ausnahme von Schriftsetzer Kramer, der aber als ehemaliger Reichsbannermann („Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war ein überparteiliches Bündnis zur Verteidigung der Weimarer Republik, das von Sozialdemokraten gegründet und dominiert wurde) von der Fraktion der NSDAP auch als untragbar angesehen wurde. Die Sitzung am 24. August 1933 brachte dann das vorläufige Ende der Ausbootung der Zentrumsstadträte, so wie es die Hoffnung der Nationalzeitung war, dass der noch übrig gebliebene Zentrumsmann endgültig verschwinden werde.¹¹⁶ Der letzte, Stadtrat Holderried, ebenso wie Ersatzbewerber Kramer, hatte um Entbindung von seinem Amt gebeten und erhielt die Genehmigung dazu.¹¹⁷ Die Nationalsozialisten hatten ihr Ziel, die Verdrängung des politischen Gegners aus dem Stadtparlament, fast völlig erreicht. Von den ehemaligen Zentrumsvertretern waren nur noch die NSDAP-Hospitanten Pfisterer und Eiberger übrig geblieben.

6.4 Die Besetzung der freien Stellen mit Nationalsozialisten

Die jetzt endgültig freien Sitze wurden aufgrund von § 4 Ziffer 3 der „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung“ vom „Oberamt nach Rücksprache mit der Kreisleitung der NSDAP Ellwangen“¹¹⁸ besetzt. Es waren alles Mitglieder der NSDAP.

¹¹⁴ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.385 § 456.

¹¹⁵ Ebenda S.385f. § 456.

¹¹⁶ vgl. Nationalzeitung Nr. 194 vom 24. August 1933, S.5.

¹¹⁷ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.405 § 482.

¹¹⁸ Ebenda S.405 § 483.

Die beiden letzten einstigen Zentrumsstadträte Pfisterer und Eiberger, die als Hospitanten bei der NSDAP-Fraktion aufgenommen worden waren, wurden Anfang 1934 aus ihren Ehrenämtern verdrängt, wohl weil sie nicht ganz im nationalsozialistischen Sinne gearbeitet hatten. Sie sperrten sich beispielsweise gegen die Streichung von Geldmitteln an die katholische Privatschule St. Gertrudis und stellten sich damit offen gegen die Pläne der NSDAP. In der Sitzung am 30. Januar 1934 wurde vom Bürgermeister verkündet, dass beide „einem einstimmigen Wunsch der NS-Fraktion folgend ihre Mandate freiwillig zur Verfügung gestellt haben“.¹¹⁹ Da gleichzeitig der NSDAP-Ortsgruppenleiter Heindel wegen starker dienstlicher Inanspruchnahme sein Mandat niederlegte, rückten drei weitere Nationalsozialisten nach. Genau ein Jahr nach Hitlers Übernahme der Reichskanzlerschaft war der gesamte Ellwanger Gemeinderat rein nationalsozialistisch besetzt und somit ein marionettengleiches Instrument für den seit 18. November 1933 zum Bürgermeister gewordenen Kreisleiter Adolf Koelle. Befriedigt konnte Koelle auf diesen Abschnitt der nationalsozialistischen Machtübernahme zurückschauen und feststellen: „Wie im Reich, so auch im Gemeinderat, ist nunmehr eine völlige Geschlossenheit erreicht, die ihren Ausdruck in der Besetzung des Gemeinderats findet.“¹²⁰

6.5 Die Ablösung von Bürgermeister Ettensperger

Gleichzeitig mit der Verdrängung der Zentrumsgemeinderäte betrieben die Nationalsozialisten die Abschiebung von Bürgermeister Ettensperger. Der fast 60-Jährige Ettensperger, der seit 6. Juli 1903 Stadtschultheiß bzw. Bürgermeister in Ellwangen war, hatte sich vor dem 30. Januar 1933 in vielen Fällen als ein der nationalsozialistischen Partei nicht geeigneter Mann gezeigt. Wahrscheinlich um einer Abschiebung aufgrund des am 7. April 1933 erlassenen „Gesetzes über die Wiederherstellung des

¹¹⁹ Gemeinderatsprotokoll 1934 Bd. 70, S.36 § 51.

¹²⁰ Ebenda S.37 § 51.

Berufsbeamtentums“ zuvorzukommen und auch auf Drängen der NSDAP¹²¹, reichte Ettensperger Anfang August 1933 beim Oberamt Ellwangen sein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand ein und begründete dieses mit schwerer nervöser Erschöpfung. In der von Ratsschreiber Rothmaier geleiteten Sitzung am 9. August 1933 gaben die acht anwesenden Stadträte ihr Einverständnis für die Zurruesetzung Ettenspergers¹²² und schlugen einstimmig dem Oberamt, das für die Bestellung des Amtsverwesers zuständig war, den NSDAP-Stadtrat und Ortsgruppenleiter Gotthilf Heindel vor.¹²³

6.6 Heindel als Amtsverweser

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 16. August 1933 wurde Heindel in sein Amt eingesetzt. Nach den Berichten beider Zeitungen¹²⁴ zeigte sich der im Rathaus einziehende neue „Geist“¹²⁵ durch die den Saal schmückenden Farben des „neuen Deutschland“¹²⁶ und durch das mit Eichenlaub geschmückte Bild des „Volkskanzlers und Führers Adolf Hitler.“¹²⁷ Dass Heindel für diese wichtige Stelle nur als Übergangslösung vorgesehen war, deutete Ratsschreiber Rothmaier während des Einsetzungsfeier an: „Der heutige Tag leitet ein Übergangsstadium in der Geschäftsführung des Bürgermeisters ein.“¹²⁸

In dem nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung am 6. September 1933 befasste sich der bereits im nationalsozialistischen Sinne „gereinigte“ Gemeinderat mit den Bewerbern der „erledigten Stelle des Bürgermeisters.“¹²⁹ Aus 23 Bewerbungen sollten dem Oberamt 3 Bewerber vorgeschlagen werden. Der Gemeinderat prüfte vor allem, ob

¹²¹ vgl. Nationalzeitung Nr. 182 vom 9. August 1933, S.5.

¹²² vgl. Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.364 § 436.

¹²³ Ebenda S.354 § 437.

¹²⁴ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 187 vom 17. August 1933, S.7 und Nationalzeitung Nr. 189 vom 18. August 1933, S.5.

¹²⁵ Nationalzeitung Nr. 189 vom 18. August 1933, S.5.

¹²⁶ Ebenda S.5.

¹²⁷ Ebenda S.5.

¹²⁸ Nationalzeitung Nr. 189 vom 18. August 1933, S.5.

¹²⁹ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.432 § 515.

der einzelne Bewerber „nach seiner politischen Haltung in der Vergangenheit als Bürgermeister geeignet ist“.¹³⁰ Nachdem sich der politische Kreisleiter Ellwangers, Justizobersekretär Koelle, von Stuttgart aus gemeldet hatte, wurde dieser auch als erster Bewerber dem Oberamt vorgeschlagen. Grund hierfür war höchstwahrscheinlich, dass man von höherer Stelle der NSDAP aus, für den Bürgermeisterposten im „schwarzen“ Ellwangen einen besonders „scharfen“ Nationalsozialisten wollte. Hier sah man in der Person Koelles mit seiner Machtfülle als Kreisleiter den geeigneten Mann, um den großen Teil der Ellwanger, der dem Nationalsozialismus immer noch nicht geneigt war, gefügig zu machen. Dies wird bestätigt in der Einsetzungsrede von Landrat Häfele, in der Koelle als für diesen Posten besonders geeignet bezeichnet wurde, da er als „alter, zuverlässiger und bewährter Kämpfer des Nationalsozialismus“ an höherer Stelle bekannt sei.¹³¹

6.7 Koelle wird Bürgermeister

Am 27. Oktober 1933 wurde der 36 Jahre alte Adolf Koelle zum Bürgermeister Ellwangers ernannt. Die Verpflichtung und Amtseinsetzung in öffentlicher Gemeinderatssitzung am Samstag, dem 18. November 1933, durch Landrat Häfele vom Oberamt Ellwangen gestaltete sich zu einer öffentlichen Demonstration und Dokumentation der Übernahme der Macht. Neben einem Vertreter der Stuttgarter Regierung, dem stellvertretenden Gauleiter, dem Kreistagsabgeordneten Kling aus Unterkochen, den Ellwanger Geistlichen beider Konfessionen, den Behördenvorständen und Schulleitern war auch Präsident Dr. Mattheiß von der Württembergischen Politischen Polizei erschienen. Die Stadt war mit vielen Hakenkreuzflaggen geschmückt worden, um die Ellwanger, die vor dem Rathaus den Einsetzungsakt über Lautsprecher mitverfolgen konnten, auf diesen Tag einzustimmen. Vor dem Rathaus waren die SS

¹³⁰ Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69, S.433 § 515.

¹³¹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 255 vom 20. November 1933, S.6. und Nationalzeitung Nr. 269 vom 20. November 1933, S.5.

und die städtische Musikkapelle aufmarschiert. Am Spätnachmittag bewegte sich unter Beteiligung von SA, HJ und BdM ein großer Fackelzug durch die Stadt zum Marktplatz, wo ein Zapfenstreich stattfand. Anschließend gaben in der mit den nationalen Symbolen geschmückten städtischen Turnhalle die SA-Kapelle und die Ellwanger Sängervereinigungen ein Konzert. Der durch Fahnen, Uniformen, militärisches Gepräge und den Fackelzug nach außen gezeigte nationalsozialistische Geist schlug sich auch in den Ausführungen der einzelnen Redner nieder, die Koelle ihre Glückwünsche aussprachen.

Wie hoch die Nationalsozialisten die Bedeutung des Ortsvorsteheramtes einschätzten, zeigte die Nationalzeitung, die die Amtseinsetzung vom politischen Standpunkt aus betrachtete und „den Eintritt in das Führeramt der Stadt dem siegreichen Einzug des Truppenbefehlshabers in die eroberte Festung¹³² gleichsetzte. Eine weitere wichtige Institution war nunmehr in nationalsozialistischer Hand und konnte eingesetzt werden, um die letzten Reste oppositioneller Regungen in Ellwangen zu unterdrücken und die Stadt in nationalsozialistischem Geiste auszurichten. Hier spielte die fast unbeschränkte politische Herrschaft Koelles, der in Personalunion Kreisleiter und Bürgermeister war, eine große Rolle.

7 Kampf gegen das Ellwanger Zentrum und die Ipf- und Jagst-Zeitung

Nachdem Hitler seine Abneigung gegen das parlamentarisch-demokratische Parteiensystem oft genug öffentlich geäußert hatte und immer wieder von der Überwindung des Parteiensystems gesprochen hatte, ging er im Frühjahr und Frühsommer 1933 an die Zerschlagung der Parteien. Im Februar und März 1933 wurde die KPD verfolgt, ihre Organisation zerstört und schließlich verboten. Die Sozialdemokratie erlitt das gleiche Schicksal. Ihr wurde am 22. Juni 1933 jegliche Betätigung

¹³² Nationalzeitung Nr. 269 vom 20. November 1933, S.5.

aufgrund der „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ verboten. Zur gleichen Zeit zeichnete sich auch schon die Auflösung der anderen Parteien ab. Bereits am 8. Mai 1933 tönnte die Nationalzeitung „Gibt es noch ein Zentrum?“¹³³ und stellte dem Zentrum die Zerschlagung in Aussicht. Dann berichtete das nationalsozialistische Blatt vom Übertritt sämtlicher Parteioffiziere, Landjäger und Förster, einem großen Teil der Bürgermeister, der ganzen Lehrerschaft auf dem Lande sowie der gesamten Ellwanger Staatsanwaltschaft und Richterschaft zur NSDAP.¹³⁴ Befriedigung herrschte auch über den Übertritt früherer Zentrumsmitglieder. Abschließend stand die Feststellung, „dass die Grundlage der Existenz der Ellwanger Zentrumsparlei nicht gerade verbreitert wird.“¹³⁵ Ein weiterer Angriff am 9. Juni 1933 gegen das örtliche Zentrum gipfelte in der Drohung: „Unsere Parole sei: Vernichtung des Zentrums und der Presse.“¹³⁶ Mit der Verhaftung des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten und Zentrumsführers Dr. Eugen Bolz am 19. Juni 1933 in Stuttgart, wurde die Endphase eingeläutet. Am 30. Juni 1933 erschien die Ipf- und Jagst-Zeitung mit der Titelblattüberschrift „Vor der Auflösung der Zentrumsparlei“¹³⁷, berichtete von zahlreichen Austritten aus der Partei und schlug als möglichen Weg die Selbstauflösung vor. Am 1. Juli 1933 wurden in Preußen die Hilfsverbände des Zentrums wegen Staatsfeindlichkeit aufgelöst¹³⁸ und die nationalsozialistische Presse triumphierte: „Das Zentrum wankt dem Ende entgegen“¹³⁹ und „das Zentrum streicht die Flagge“¹⁴⁰. Am 5. Juli 1933 löste die Reichsleitung des Zentrums unter Brüning die Partei auf. Das Lokalblatt der Nationalzeitung kommentierte die Auflösung der Ellwanger Zentrumsorganisation mit gehässigen Vorwürfen gegen

¹³³ Nationalzeitung 106. Folge vom 8. Mai 1933, S.7.

¹³⁴ vgl. Ebenda S.7.

¹³⁵ Ebenda S.7.

¹³⁶ Nationalzeitung 132. Folge vom 9. Juni 1933, S.7.

¹³⁷ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 147 vom 30. Juni 1933, S.1.

¹³⁸ vgl. Nationalzeitung Nr. 150 vom 3. Juli 1933, S.1 und Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 149 vom 3. Juli 1933, S.1.

¹³⁹ Nationalzeitung Nr. 150 vom 3. Juli 1933, S.1.

¹⁴⁰ Nationalzeitung Nr. 152 vom 5. Juli 1933, S.1.

ehemalige Zentrumsmitglieder und sprach von „besonderer Genugtuung“¹⁴¹, die jeden in Ellwangen erfülle, der den Kampf um die Freiheitsbewegung Hitlers mitgemacht habe.

Das am 14. Juli 1933 erlassene „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ bestätigte die NSDAP als einzige politische Partei Deutschlands und stellte die weitere Mitarbeit bei allen verbotenen Parteien unter Strafe.

8 Die Verdrängung der Ipf- und Jagst-Zeitung

Als wichtigstes Mittel bei der öffentlichen Meinungsbildung¹⁴² wurde von den Nationalsozialisten die Presse betrachtet. Nach dem 30. Januar 1933 setzte die NSDAP alles daran, um die als Sprachrohr des Zentrums angesehene Ipf- und Jagst-Zeitung zu verdrängen und als Meinungsbildner auszuschalten. Gleichzeitig mit diesen Bestrebungen liefen die Bemühungen der Nationalsozialisten, ihre Nationalzeitung als die Zeitung in Stadt und Bezirk zu propagieren. Diese Auseinandersetzungen spielten sich vor allem bei der Gewinnung von Abonnenten und Inserenten ab, gingen aber auch sehr stark in persönliche Angriffe und Eingriffe gegen die Redakteure der Ipf- und Jagst-Zeitung über. Am 8. März 1933 richtete die Nationalzeitung eine schwere Breitseite im Zusammenhang mit der vorher stattgefundenen Reichstagswahl gegen die Ipf- und Jagst-Zeitung. Sie sprach davon, die Geistlichkeit würde „vor dem Zentrumskarren gespannt und selbst der Heilige Vater müsse herhalten, damit der liebe Mammon in Deine Kassengewölbe hereinflutet, weil du noch nicht genug hast an all den Metzelsuppen-, Kurpfuscher-, Film-, Handelsjuden- und sonstigen Anzeigen.“¹⁴³ Der hier abzulesende wirtschaftliche Neid, hervorgerufen durch die bisher unerhebliche Zahl der Inserenten in der Nationalzeitung, spiegelte sich auch in später folgenden Angriffen wieder. Direkt neben diesem Hetzartikel wurde für die nationalsozialistische Tagespresse

¹⁴¹ Nationalzeitung Nr. 157 vom 11. Juli 1933, S.5.

¹⁴² vgl. Nationalzeitung vom 11. April 1933, S.7.

¹⁴³ Nationalzeitung 56. Folge vom 8. März 1933, S.8.

geworben, die „in jede deutsche Familie“¹⁴⁴ gehöre. Um dieses Vorhaben zu erreichen, versuchten die Nationalsozialisten ab Ende März 1933 die offizielle Amtsblatteigenschaft, die seither die Ipf- und Jagst-Zeitung besaß, auf ihre Nationalzeitung übertragen zu lassen. Hierzu startete die NSDAP eine Aktion, bei der in Stadt und Bezirk Einzeichnungslisten weitergereicht wurden, deren Text forderte, die amtlichen Bekanntmachungen der Nationalzeitung zur Veröffentlichung zuzuweisen. Ortsgruppenleiter Heindel begleitete diese Aktion mit einem zusätzlichen Angriff in der Nationalzeitung, denn er forderte die Ipf- und Jagst-Zeitung auf, „auf ihre Eigenschaft als Amtsblatt freiwillig zu verzichten.“¹⁴⁵ Diese aber wehrte sich in einer halbseitigen Anzeige „An unsere Leser und Inserenten“ am 29. März 1933 und stellte die NSDAP-Aktion als Trick dar, um den maßgebenden Stellen zu beweisen, „die Einwohnerschaft des Bezirkes Ellwangen wünsche, dass die Nationalzeitung anstelle der Ipf- und Jagst-Zeitung als Amtsblatt erklärt wird“¹⁴⁶. In der gleichen Ausgabe des bisherigen Amtsblattes lag eine Einzeichnungsliste des Schwabenverlages, „damit keine Entscheidungen getroffen werden, die gegen den Willen unserer Leser sind.“¹⁴⁷ Der fast beschwörende Aufruf „Die Ipf- und Jagst-Zeitung soll das Heimatblatt für Stadt und Bezirk Ellwangen bleiben“¹⁴⁸ schloss diese Erwiderung der Ipf- und Jagst-Zeitung. Zwei Tage danach wandte sich die Verlagsleitung nochmals an ihre Leser, warf der NSDAP Täuschung vor und forderte alle „geprellten“ Unterzeichner der nationalsozialistischen Aktion auf, sich auch in die Listen der Ipf- und Jagst-Zeitung einzutragen.¹⁴⁹ Die Reaktion der NSDAP war typisch. Sie beschimpfte das Zentrumsblatt und forderte: „Weg mit ihm!“¹⁵⁰ Diese Drohung war sehr ernst gemeint, denn am 15. April 1933 wurde der stellvertretende Chefredakteur Dr. Karl Sättele auf Antrag der

¹⁴⁴ Nationalzeitung 56. Folge vom 8. März 1933, S.8.

¹⁴⁵ Nationalzeitung 73. Folge vom 28. März 1933, S.7.

¹⁴⁶ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 74 vom 29. März 1933, S.8.

¹⁴⁷ Ebenda S.8.

¹⁴⁸ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 74 vom 29. März 1933, S.8.

¹⁴⁹ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 76 vom 31. März 1933, S.5.

¹⁵⁰ Nationalzeitung 78. Folge vom 3. April 1933, S.8.

Sonderkommissare beim Oberamt in Schutzhaft genommen und schied danach aus dem Schwabenverlag aus. Um ihre Leser gegen die Abwerbungsversuche der Nationalzeitung zu schützen, veröffentlichte die Ipf- und Jagst-Zeitung am 8. Juni 1933 fettgedruckt einen Aufruf des Präsidiums des Vereins Deutscher Zeitungsverleger¹⁵¹, an dessen Spitze der Verleger des „Völkischen Beobachters“, Amann, stand. Darin hieß es, dass die Anwendung von Druck und ähnlichen Mitteln, die gegen die guten Sitten verstoßen, unzulässig seien. Ein gemeinsamer Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands¹⁵², der am Dreifaltigkeitsfest am 11. Juni 1933 von der Kanzel zu verlesen war, brachte den Anspruch der katholischen Kirche zum Ausdruck, auch weiterhin eine katholische Presse zu besitzen, „denn die Kirche kann auf dieses modernste Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten und muss für sie jenes Maß an Freiheit verlangen, das ihre segensreiche Wirksamkeit ermöglicht.“¹⁵³ Die Ipf- und Jagst-Zeitung griff in einem Aufruf „An unsere Leser“, unterzeichnet von Redaktion und Verlag, am 24. Juni 1933 die Verlautbarung der Bischöfe auf und schrieb, dass diese „es als Pflicht jeder katholischen Familie erachten, die katholische Tageszeitung zu erhalten.“¹⁵⁴ Weiter wurde das Erscheinen in gleich bleibendem Umfang bestätigt und gleichzeitig die Leser um Treue zur bisherigen Zeitung gebeten. Offensichtlich war sich die Verlagsleitung im Klaren, die Amtsblatteigenschaften zu verlieren, denn „die amtlichen Bekanntmachungen sollten den Lesern rechtzeitig vermittelt“¹⁵⁵ werden. Gleichzeitig wurde im Text der Begriff „Amtsblatt“ vermieden und an seiner Stelle „Heimatblatt“ verwendet. Diese Veröffentlichung ließ die Nationalsozialisten zum nächsten großen Gegenschlag ausholen. Am Samstag, 24. Juni 1933 wurde Geschäftsführer Mäule zur Vernehmung auf das Oberamt geladen. Am Abend versammelte sich eine Menschenmenge vor dem Verlagsgebäude und „verlangte stürmisch unter

¹⁵¹ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 130 vom 8. Juni 1933, S.5.

¹⁵² Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg 1933 Bd. 14 Nr. 9, S.151.

¹⁵³ Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg 1933 Bd. 14 Nr. 9, S.157.

¹⁵⁴ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 143 vom 24. Juni 1933, S.5.

¹⁵⁵ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 143 vom 24. Juni 1933, S.5.

drohenden Rufen die Verhaftung des Dr. Kaiser und des Mäule.“¹⁵⁶ Da beide in Stuttgart waren, konnten sie dort erst am folgenden Sonntagmorgen in so genannte Schutzhaft genommen werden. Die Geschäftsräume der Ipf- und Jagst-Zeitung wurden durch die Ellwanger SS besetzt und am Sonntagnachmittag, 25. Juni 1933 fand eine Hausdurchsuchung statt. Anschließend wurde die Vorzensur gegen das Blatt verhängt.

Die Vermutungen der Verlagsleitung über den Verlust der Amtsblatteigenschaft bestätigten sich in den letzten Junitagen. Die Gauleitung der NSDAP ordnete an, dass die Nationalzeitung ab 1. Juli 1933 im Bereich des Ellwanger Oberamtes als alleiniges Amtsblatt zu gelten habe. Als Konsequenz daraus bestimmte die Ellwanger Kreisleitung, sämtliche Bekanntmachungen des Bürgermeisteramtes und aller anderen Behörden nur noch der Nationalzeitung zuzusenden. In gleicher Weise sollten die Veröffentlichungen der Gemeinderatsberichte erfolgen. Die Anordnung der Kreisleitung sah weiter vor, bei der Stadtverwaltung statt der Ipf- und Jagst-Zeitung, die Nationalzeitung zu abonnieren. Die Ipf- und Jagst-Zeitung sollte so von lokalen Informationen ferngehalten werden und dadurch ihre Aktualität, und als Folge davon, ihre Leser und Inserenten verlieren, die dann wohl oder übel die Nationalzeitung benutzen müssten.

Am 1. Juli 1933 prangte in der Kopfleiste der Nationalzeitung triumphierend die Bezeichnung „Alleiniges Amtsblatt sämtlicher Behören der Bezirke Ellwangen und Neresheim“¹⁵⁷, während die Ipf- und Jagst-Zeitung sich jetzt nur noch als „Heimatblatt für den Oberamtsbezirk und die Stadt Ellwangen“¹⁵⁸ bezeichnen durfte. Gleichzeitig erschien die Nationalzeitung, mit der am gleichen Tage die „Kocherzeitung“ vereinigt wurde, in neuer, der Ipf- und Jagst-Zeitung sehr ähnlicher Gestalt. Format, Nummerierung und Anordnung der Texte, besonders der lokalen, sollten den bisherigen Ipf- und Jagst-Zeitungs-Lesern den Wechsel zur

¹⁵⁶ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 145 vom 27. Juni 1933, S.5.

¹⁵⁷ Nationalzeitung Nr. 149 vom 1. Juli 1933, S.1.

¹⁵⁸ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 148 vom 1. Juli 1933, S.1.

Nationalzeitung, die jetzt in Aalen gedruckt wurde, erleichtern. Die Nationalsozialisten feierten diesen Tag auf mehreren Zeitungsseiten.¹⁵⁹

Der Leiter der Ellwanger Geschäftsstelle der Nationalzeitung drohte, „wer sich uns heute noch in den Weg stellt, wird vernichtet“¹⁶⁰ und forderte jeden Parteigenossen auf dafür zu sorgen, dass die Nationalzeitung auch „in den noch nicht aufgewachten Volkskreisen Eingang findet.“¹⁶¹

Nachdem die Nationalzeitung jetzt als Amtsblatt in einer günstigen Situation war, konnte die NSDAP daran gehen, ihr Blatt in Ellwangen weiter auf Kosten der Ipf- und Jagst-Zeitung zu verbreiten und die Zahl der Inserenten zu erhöhen. Der Geschäftsführer der Nationalzeitung in Ellwangen wandte sich hierzu an die Ellwanger Geschäftsleute, besonders an jene, die inzwischen Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Organisationen geworden waren. Er bezeichnete es als unerhört, dass „Geschäftsleute, die Uniformen und Abzeichen unserer Bewegung verkaufen, ihre Anzeigen auch anderen als parteieigenen Zeitungen geben“¹⁶², wobei er zweifellos die Ipf- und Jagst-Zeitung meinte, deren Anzeigenteil zwar kleiner geworden war, aber der der Nationalzeitung immer noch nur wenige Annoncen Ellwanger Geschäftsleute aufwies. Am 29. Juli 1933 brachte die Leitung des Schwabenverlags ein Werbeflugblatt heraus, um die von den Nationalsozialisten bedrängten Leser zu stärken. Hierzu ermuntert wurde der Schwabenverlag vermutlich durch den öffentlichen Einsatz des Rottenburger Bischofs Dr. Sproll, der am 4. Juli 1933 das katholische Volk zur Treue gegenüber katholischen Tageszeitungen aufgefordert hatte.¹⁶³ Im Text wurde nochmals betont: „Unzulässig ist die Werbung für eine Zeitung mit Mitteln, die gegen die guten Sitten verstoßen. Die Nationalzeitung nahm dieses Flugblatt zum Anlass, der Ipf- und Jagst-Zeitung übelste Vorwürfe zu machen, ihr Hetzversuche zu unterstellen, Anbiederungsversuche vorzuwerfen und zu

¹⁵⁹ Nationalzeitung Nr. 149 vom 1. Juli 1933, S.1ff.

¹⁶⁰ Ebenda S.3.

¹⁶¹ Ebenda S.4.

¹⁶² Nationalzeitung Nr. 162 vom 17. Juli 1933, S.8.

¹⁶³ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 152 vom 6. Juli 1933, S.1.

drohen, „für uns Nationalsozialisten ist diese Zeitung erledigt.“¹⁶⁴ Die nächste Drohung in dieser Flugblattangelegenheit stammte vom Ellwanger Geschäftsstellenleiter der „Nationalzeitung“ und brachte zum Ausdruck, dass „bereits bei den maßgebenden Stellen das Weitere veranlasst“¹⁶⁵ wurde. Was die Nationalsozialisten beabsichtigten, formulierte Kreisleiter Koelle in der Nationalzeitung.¹⁶⁶ Er forderte die Ablösung des inzwischen wieder aus der „Schutzhaft“ freigekommenen Geschäftsführers Mäule, sprach der Ipf- und Jagst-Zeitung jegliche Daseinsberechtigung ab und stellte den baldigen Untergang der Zeitung in Aussicht.¹⁶⁷ Um diesen beschleunigen zu können, suchte die politische Kreisleitung Ellwangen in einem „Zeugenaufruf“¹⁶⁸ am 16. August 1933 nach „einwandfreien Beweisen“¹⁶⁹, um mit Hilfe von Aussagen aus der Bevölkerung den für ein Verbot maßgebenden Stellen in Stuttgart zu beweisen, dass die Ipf- und Jagst-Zeitung mit ihren Werbemethoden gegen die amtliche Nationalzeitung arbeite.

Dieser Aufruf zu Spitzeldiensten trug offenbar seine Früchte, denn am 19. August 1933 wurde die Ipf- und Jagst-Zeitung für die Dauer von 14 Tagen vom Leiter der Württembergischen Politischen Polizei in Stuttgart, wo Koelle beschäftigt war, verboten.¹⁷⁰ Das Verbot vom 21. August bis 3. September 1933 sollte die nach Informationen suchenden Leser zur Nationalzeitung greifen lassen und so deren Abonnentenzahlen steigern. Die dauernden Angriffe und vor allem das Verbot wirkten sich jetzt im starken Rückgang der Ellwanger Inserenten in der Ipf- und Jagst-Zeitung aus. Am 6. September 1933 wies die letzte Seite, die sonst voll mit Anzeigen Ellwanger Geschäftsleute war, nur noch eine einzige Geschäftsempfehlung aus¹⁷¹, sodass die Schriftleitung gezwungen war, Nachrichten sowie Hinweise auf die eigenen Druckereierzeugnisse auf die

¹⁶⁴ Nationalzeitung Nr. 176 vom 2. August 1933, S.5.

¹⁶⁵ Nationalzeitung Nr. 176 vom 2. August 1933, S.8.

¹⁶⁶ vgl. Nationalzeitung Nr. 182 vom 9. August 1933, S.5.

¹⁶⁷ Ebenda S.5.

¹⁶⁸ Nationalzeitung Nr. 189 vom 18. August 1933, S.8.

¹⁶⁹ Ebenda S.8.

¹⁷⁰ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 190 vom 21. August 1933, S.1.

¹⁷¹ vgl. Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 192 vom 6. September 1933, S.8.

letzte Seite zu platzieren, um sie überhaupt zu füllen. Die Nationalzeitung hingegen bekam immer mehr Annoncen und konnte manchmal eine volle Seite davon aufweisen¹⁷², sodass Geschäftsstellenleiter Meier stolz feststellen konnte: „Ungeheuer ist der Aufschwung, den die Nationalzeitung in den letzten Monaten nahm.“¹⁷³ In regelmäßigen Abständen startete die Nationalzeitung weitere Angriffe¹⁷⁴, denen immer die Aufforderung folgte, die Nationalzeitung zu halten.

Die vom amtlichen Informationsfluss verdrängte Ipf- und Jagst-Zeitung versuchte durch den Abdruck des NSDAP-„Parteiamtlichen Schwarzen Brettes“¹⁷⁵ an Aktualität zu gewinnen. Die Kreisleitung legte dies aber als Missachtung ihrer Anordnung aus, weil das „Schwarze Brett“ mit dem Vermerk „Nachdruck verboten“ versehen worden war. In den Tagen nach den Novemberwahlen 1933 musste die Ipf- und Jagst-Zeitung erneut schwersten Angriffen standhalten. Kreisleiter Koelle warf dem Blatt Laschheit bei der Agitation für die Novemberwahlen vor und sprach die Hoffnung aus, dass die Existenz der Zeitung nicht mehr lange währe.¹⁷⁶ Geschäftsstellenleiter Meier forderte: „Diese Zeitung hat zu verschwinden.“¹⁷⁷ Heindel und Koelle drohten in parteiamtlichen Veröffentlichungen, sich über die Abonnenten der Nationalzeitung zu informieren¹⁷⁸ und sprach dabei vor allem Beamte und Gewerbebetreibende an. Ab Januar 1934 erlitt die Ipf- und Jagst-Zeitung eine weitere Einbuße an Aktualität, denn die amtlichen Gemeinderatsberichte, die die Nationalzeitung druckte, wurden mit dem Zusatz „Nachdruck nicht gestattet“¹⁷⁹ versehen. Als die Redakteure des Schwabenverlags daraufhin nur noch Auszüge dieser Berichte verwendeten, erschien unter den Gemeinderatsberichten der

¹⁷² vgl. Nationalzeitung Nr. 195 vom 25. August 1933, S.8.

¹⁷³ Nationalzeitung Nr. 201 vom 1. September 1933, S.5.

¹⁷⁴ vgl. Nationalzeitung Nr. 202 vom 2. September 1933, S.5.

¹⁷⁵ Ipf- und Jagst-Zeitung Nr. 237 vom 28. Oktober 1933, S.8.

¹⁷⁶ vgl. Nationalzeitung Nr. 264 vom 14. November 1933, S.5.

¹⁷⁷ Nationalzeitung Nr. 265 vom 15. November 1933, S.7.

¹⁷⁸ vgl. Nationalzeitung Nr. 271 vom 22. November 1933, S.8.

¹⁷⁹ Nationalzeitung Nr. 4 vom 5. Januar 1934, S.12.

Nationalzeitung der Nachsatz „Nachdruck, auch auszugsweise, verboten“¹⁸⁰.

Die so bekämpfte Ipf- und Jagst-Zeitung versuchte, sich durch eine Reihe von Maßnahmen über Wasser zu halten. Ihre Spalten füllte sie im lokalen Teil mit ausgedehnten Nachrichten über kirchliche Vorgänge, Betrachtungen über das Wetter, über die Jahreszeit, mit kleinen Naturereignissen und mit geschichtlichen Rückblicken. Oftmals wurde eine volle Seite für den Roman verwendet. Das Anzeigengeschäft war sehr stark zurückgegangen und es gab Tage, an denen kein einziger Ellwanger Inserent festzustellen war, sodass neben der Schwächung auf dem Gebiet der Aktualität auch eine wirtschaftliche eingetreten war. Obwohl die Neresheimer und die Ellwanger Ausgaben der Ipf- und Jagst-Zeitung am 1. Januar 1934 zusammengelegt worden waren, konnte der Schwabenverlag den massiven Pressionen und Behinderungen durch die NSDAP nicht mehr allzu lange standhalten und stellte am 31. Juli 1935 das Erscheinen der Ipf- und Jagst-Zeitung ein.

9 Der Ellwanger Kirchenkampf – Die Erlebnisse von Kaplan Rudolf Renz

Als vor 50 Jahren der Nationalsozialismus die Macht in Deutschland ergriff, musste man von vornherein mit Auseinandersetzungen rechnen, auch und besonders auf religiösem Gebiet. Zunächst freilich wurde der Kirchenkampf getarnt und regional ganz verschieden geführt. Ellwangen, als altes katholisches Gebiet, sollte den Kirchenkampf in besonderem Maße zu spüren bekommen. Als Kaplan Rudolf Renz am 21. Juni 1932 nach Ellwangen kam, übertrug man ihm die Führung der katholischen männlichen Jugend¹⁸¹ und die Leitung des Kindererziehungsheimes Marienpflege mit einer Normal- und einer Hilfsschule. So kam er bald mit Bürgermeister und Kreisleiter der NSDAP Adolf Koelle in Berührung.

¹⁸⁰ Nationalzeitung Nr. 68 vom 16. März 1934, S.10.

¹⁸¹ Pfeifer, H., Kaplan Renz, S.4.

Dieser interessierte sich zunächst dafür, wie sich Kaplan Renz im Falle eines Konfliktes zwischen dem Staat und der Kirche entscheiden würde. Kaplan Renz erklärte ihm, dass er von Geburt an ein katholischer Deutscher oder - wenn er so wolle - ein deutscher Katholik sei und sich zu jeder Zeit auch als solcher entscheiden würde.¹⁸² Weiter ging er auf diese Frage nicht ein.

9.1 Mitternachtsmesse mit der Jugend im Jahre 1933

Zu einer ersten Konfrontation kam es anlässlich der 1933 von der katholischen Jugend in Ellwangen geplanten Mitternachtsmesse¹⁸³, die in der drei Kilometer entfernten Eichkapelle stattfinden sollte. Diese Feier war für Ellwangen etwas Neues, da in der Diözese Rottenburg die erste Weihnachtsmesse gewöhnlich in der Frühe des Weihnachtstages stattfand. Sie war auf die Bitte von Kaplan Renz vom Bischöflichen Ordinariat in Rottenburg eigens genehmigt worden.¹⁸⁴ Zur Einstimmung der Teilnehmer war eine Statio in der Krypta der Stiftskirche mit anschließender Prozession zur Eichkapelle vorgesehen. Um bei dieser Prozession keine Schwierigkeiten zu bekommen, unterrichtete er den Bürgermeister am 23. September fernmündlich von der geplanten Prozession. Koelle fragte, ob dies eine Demonstration mit Wimpeln, Bannern und Bundestracht sei. Dies wurde verneint. Er fragte weiter, ob es sich um eine Prozession handle und ob die Veranstaltung zum ersten Mal stattfinden würde. Beides bestätigte Kaplan Renz und Bürgermeister Koelle nahm dies mit der Bemerkung „gut“ zur Kenntnis. Auf die Frage, ob auch Lieder gesungen werden, erklärte Kaplan Renz, dass es sich um eine stille Prozession handle und dementsprechend keine Lieder gesungen werden.

Nachträglich bereute wohl Bürgermeister Koelle seine Zustimmung und schrieb noch am selben Tag an das katholische Stadtpfarramt in

¹⁸² vgl. Pfeifer, H., Kaplan Renz, S.4.

¹⁸³ vgl. Ebenda S.4.

¹⁸⁴ Ebenda S.2.

Ellwangen, dass er eine Ausführung des geplanten geschlossenen Marsches für untunlich halte und untersagte diese im vermuteten Einverständnis der Württembergischen Politischen Polizei.¹⁸⁵

Dieses Schreiben wurde Kaplan Renz vom Katholischen Stadtpfarramt am 24. Dezember 1933 übergeben, worauf er sich zum Bürgermeisteramt begab, um gegen dieses Verbot zu protestieren. Die Unterredung mit Bürgermeister Koelle dauerte 2 Stunden. Obwohl er den Bürgermeister darauf hinwies, dass der geschlossene Zug in der Stadt kein Aufsehen erregen würde, gelang es ihm nicht das Verbot aufzuheben. Als Begründung für das Verbot wurde angeführt, dass der geschlossene Marsch den Charakter einer Demonstration habe.¹⁸⁶ Auf den Einwand, dass dann die Fronleichnamsprozession auch verboten werden müsse, erklärte Bürgermeister Koelle, dass dies nicht geschehen werde, da es sich hierbei um eine alte Tradition handle. Die Mitternachtsmesse und der geschlossene Zug zur Eichkapelle seien jedoch etwas Neues. Er habe den Eindruck, dass, obwohl die katholischen Jugendorganisationen „erledigt“ seien, nach neuen Formen gesucht werde, um die katholische Jugend zusammenzuhalten und ihr das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zu vermitteln.¹⁸⁷ Da es aber keine andere Gemeinschaft als die Volksgemeinschaft gebe, könne er ein geschlossenes Auftreten der katholischen Jugend nicht mehr zulassen.¹⁸⁸ Von dem eigentlichen Gegenstand dieser Unterredung abweichend kam man zudem noch auf verschiedene andere Fragen zu sprechen. Bürgermeister Koelle erklärte, dass an der ersten Stelle und vor allem anderen das Vaterland stehe, während Kaplan Renz darauf hinwies, dass an erster Stelle Gott stehe. Diese Aussage ließ Koelle natürlich nicht gelten. Sie sprachen von der Reformation und vom Konkordat, von dem er meinte, es käme eben darauf an, wie man es auslege und dass es auf jeden Fall die katholischen Organisationen nicht schützen könne.

¹⁸⁵ vgl. Pfeifer, H., Kaplan Renz, S.5.

¹⁸⁶ vgl. Ebenda S.6.

¹⁸⁷ Ebenda S.6.

¹⁸⁸ Ebenda S.6.

Kaplan Renz erklärte ihm, dass er ihn nicht aufhalten wolle und die Mitternachtsmesse in der angekündigten Weise abgehalten werden würde. Kreisleiter Koelle erklärte, dass die Prozession nicht erlaubt sei. Kaplan Renz wies aber daraufhin, dass er nicht um die Erlaubnis gebeten habe und diese auch nicht brauche. Die Mitteilung an das Bürgermeisteramt sei nicht aus Pflicht, sondern nur aus Loyalität geschehen. Koelle wiederholte nur, dass Kaplan Renz früher oder später in Konflikt mit dem Staat geraten werde.

Über die geplante Mitternachtsmesse in der Eichkapelle war weder in der Tagespresse noch in den „Kirchlichen Mitteilungen“ berichtet worden. Die Feier wurde von den männlichen katholischen Jugendorganisationen vorbereitet und durch eifrige Mundpropaganda wurden alle Gemeindeangehörigen von der Feier unterrichtet und eingeladen. Als Pfarrer Renz um halb 12 Uhr in die Krypta kam, berichtete er den Versammelten von der Unterredung mit Bürgermeister Koelle und dem Verbot der Prozession. Er wies aber auch daraufhin, dass er sich bei der zuständigen Stelle erkundigt hätte und erklären könne, dass eine gesetzliche Grundlage für das Verbot nicht bestehe.¹⁸⁹ Er stelle aber allen frei an der Feier teilzunehmen oder nicht.

Fast alle Teilnehmer hatten Kerzen oder Laternehen bei sich, die jetzt entzündet wurden. Nach einer kurzen Einstimmung verließen alle durch dieselbe Tür die Stiftskirche zur Priestergasse. Immer zwei oder drei Teilnehmer, die sich an der Kirchentür trafen, gingen ohne jeden Aufenthalt in langsamen Schritt stillschweigend auf den Prozessionsweg. So ergab sich eine sehr lange und würdige Lichterprozession. Die vom Bürgermeisteramt aufgebotene Polizei- und Landjägerabteilung säumte – ebenfalls andächtig – den Weg. Als die Prozession an der Eichkapelle ankam, wurde Pfarrer Renz gemeldet: „Der Bürgermeister ist da, den lassen wir nicht herein.“ Kaplan Renz entgegnete: „Es ist niemand von der

¹⁸⁹ vgl. Pfeifer, H., Kaplan Renz, S.6.

Teilnahme ausgeschlossen.“ So war Bürgermeister Koelle beim Gottesdienst in der Kapelle anwesend.¹⁹⁰

Die Beteiligung der katholischen männlichen Jugend war über Erwarten groß. Alte deutsche Weihnachtslieder wurden unter der Begleitung von Geigen und Klampfen gesungen und fast alle Teilnehmer empfingen die heilige Kommunion. Nach der Messe gingen die Teilnehmer wieder in losem Zug in die Stiftskirche zurück, wo mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Danket dem Herrn“ die Feier ausklang.

Bürgermeister Koelle hat in dieser Sache nichts mehr unternommen. Er musste einsehen, dass er gegenüber Kaplan Renz den kürzeren gezogen hatte.¹⁹¹ Als ihn Kaplan Renz einmal auf die Feier, an der er selbst anwesend war, ansprach, sagte dieser, dass es schön gewesen sei. Kaplan Renz hatte nie die Absicht gehabt, die Prozession zu einer Demonstration umzufunktionieren, denn dazu hätte sich die Nachtzeit am wenigsten geeignet. Der Widerstand des Kreisleiters hat das Erlebnis und den Eindruck der Mitternachtsmesse auf die Jugend nur vertieft.

Was den Kreisleiter am meisten störte, war das Bemühen und die Sorge der Kirche um die männliche katholische Jugend.¹⁹² Koelle brachte diese Sorge eines Tages sehr unmissverständlich zum Ausdruck, indem er Kaplan Renz in einem Gespräch mitteilte, dass auf dem unteren Kuhberg in Ulm ein kleines Konzentrationslager eingerichtet worden sei, in dem auch einige seiner Pfarrerkollegen saßen. „Da gehören auch Sie hin!“¹⁹³ meinte Koelle. Kaplan Renz fragte, was er getan oder gesagt hätte, um KZ-Haft verdient zu haben. Koelle antwortete gereizt: „Das ist es ja! Man kann Sie ja nie packen, da sind Sie viel zu klug dazu, aber Ihrer Gesinnung nach gehören Sie dort hin.“¹⁹⁴ Nach einer kurzen Überlegung wagte Kaplan Renz zu erwidern: „Herr Kreisleiter, ich kann mir diesen

¹⁹⁰ vgl. Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.2.

¹⁹¹ Pfeifer, H., Kaplan Renz, S.6.

¹⁹² Ebenda S.6.

¹⁹³ Renz, Rudolf: Kirchenkampf in Ellwangen – Bericht eines Zeitgenossen, in: Ellwanger Jahrbuch Band XXX, 1983-1984, S.64.

¹⁹⁴ Ebenda S.64.

Vorwurf nicht gefallen lassen. Sie würden sich gewiss von mir auch nicht sagen lassen: Sie gehören Ihrer Gesinnung nach ins Zuchthaus.“¹⁹⁵ Es folgte betretenes Schweigen. Dann ging er auf ein anderes Thema über. Dass Koelle nichts unversucht lassen würde, Anklagematerial zu sammeln, war Kaplan Renz klar.

9.2 Der Elefantenstall wird überwacht

Die Partei wollte sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben überall dabei sein.¹⁹⁶ Ihr Hauptaugenmerk lag dabei auf der Jugend, auf die auch die Kirche, als eine wichtige Stütze, nicht verzichten wollte.¹⁹⁷ An einem schönen Sommerabend kamen einige HJ-Führer als ungebetene, vom Kreisleiter gesandte Gäste zum Heimabend einer von Kaplan Renz geführten katholischen Jugendgruppe in den „Elefantenstall“. So hieß in Ellwangen das Nebengebäude einer Gastwirtschaft mit verschiedenen Räumen, die der Wirt für die Veranstaltungen zur Verfügung gestellt hatte. Da die Haustür geschlossen war, nahmen die HJ-Führer ihren Weg durch den Garten und ein offen stehendes Fenster. Pfarrer Renz begrüßte die jungen Leute freundlich und war damit einverstanden, dass sie mit den Jungen ein Gespräch führten, dass selbstverständlich darauf hinauslief, dass jetzt auch die katholische Jugend sich der Hitlerjugend anschließen müsse, denn schließlich gebe es nur noch eine deutsche Jugend, die des Führers.

Nachdem sie ihre Unterweisung auftragsgemäß durchgeführt hatten, versuchte nun Kaplan Renz im Gegenzug die HJ-Führer zu unterweisen und erläuterte ihnen, wie wichtig es sei, dass gleichsam die Vielfalt und Verschiedenheit der Jugendgruppen und -organisationen durch gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme in Harmonie und Treue zum

¹⁹⁵ Renz, Rudolf: Kirchenkampf in Ellwangen – Bericht eines Zeitgenossen, in: Ellwanger Jahrbuch Band XXX, 1983-1984, S.64.

¹⁹⁶ Endt, Ingeborg: Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort – dargestellt am Lokalfall der Stadt Ellwangen / Jagst. Zulassungsarbeit zum ersten Staatsexamen im Fach katholische Theologie, Tübingen, 1982, S.41.

¹⁹⁷ Ebenda S.41.

Vaterland beachtet und geschützt werden.¹⁹⁸ Das war allerdings nicht das, was die jungen HJ-Führer brauchten und so verschwanden sie wieder, wie sie gekommen waren.

An einem anderen Treffen kam ein Polizeikommissar in Uniform, um sich ein Bild von der katholischen Jugend zu machen. Er wurde freundlich aufgenommen und schnell war auf ein geeignetes Gesprächsthema umgeschaltet. Man sprach von den heidnischen Germanen, ihren guten Anlagen, vor allem ihrer Treue in der Ehe, in der Sippe und ihrer Tapferkeit aber auch über ihre Schwächen, von ihrer Ablehnung und auch ihrer geheimen Sehnsucht nach dem Christentum und schließlich von der Verschmelzung von Germanentum und Christentum in einer neuen christlichen Kultur. Zum Schluss wurde noch das Lied „Aus grauer Städte Mauern...“ – ein bei Jugend- und Wandergruppen beliebtes Lied, das keiner speziellen politischen Einstellung zugesprochen werden kann - gesungen, bei dessen letzter Strophe die Jungen stehend und mit erhobener Rechten und der Polizist mit erhobener Klinge ein besonderes Bild abgaben. Nachdem man zu Ende gesungen hatte, steckte der Polizist den Säbel in die Scheide zurück, drückte Pfarrer Renz die Hand und beteuerte: „Herr Kaplan, ich kann dem Herrn Bürgermeister bestätigen, dass die Jugend bei Ihnen in guten Händen ist.“¹⁹⁹

Die Erkundigungen durch die Hitlerjugend und die Polizei konnten der Kreisleitung keine staatsfeindliche Tätigkeit, wohl aber eine lebendige katholische Jugend nachweisen. Die Schlussfolgerung des Bürgermeisters wurde Pfarrer Renz durch ein Schreiben des Führers der Flieger-Ortsgruppe am 16. Juni 1934 mitgeteilt: „Sehr geehrter Herr Kaplan! Nach Rücksprache mit Herrn Hägele, Gastwirt zum „Wilden Mann“, erhielten wir von ihm die Erlaubnis, den Raum in dem Haus am Buchenberg, genannt „Elefantenstall“ als Arbeitsräume zu benutzen. Da Herr Hägele keinen Schlüssel in Besitz hat, möchte ich Sie freundlichst bitten, den Überbringern des Schreibens einen Schlüssel zu diesem Raum

¹⁹⁸ vgl. Renz, R., S.64.

¹⁹⁹ Ebenda S.65.

auszuhändigen, damit wir spätestens am kommenden Montag unsere Arbeit fortsetzen können.“²⁰⁰

An besagtem Montag überbrachten, laut Kaplan Renz, zwei Männer der in Ellwangen stationierten Landjägerabteilung das Kruzifix aus dem Jugendraum im Elefantenstall und meldeten, dass sie auftragsgemäß das Heim ausgeräumt hätten. Die Einrichtung sei beschlagnahmt und weggeschafft worden. An dem Kreuz aber hätten sie sich nicht vergreifen wollen.²⁰¹

9.3 Verhaftung und Verhör in krimineller Sache

Überraschend kam am Abend des 27. Februar 1934 aus Stuttgart ein Kriminalkommissar von der Politischen Polizei in Begleitung des Ellwanger Stadtpolizeikommissars und eröffnete Kaplan Renz, dass er ihn zu seinem großen Bedauern wegen einer „kriminellen Sache“ verhaften müsse.²⁰²

Als Pfarrer Renz ihn nach dem Grund fragte, gab er nur ausweichend Antwort²⁰³ und verlangte alles Material, was mit seiner Jugendarbeit zusammenhänge. Über die Dauer des Gefängnisaufenthaltes konnte oder wollte er keine Angaben machen.

Kaplan Renz verlangte sowohl zu Hause als auch auf dem Weg zum Amtsgerichtsgefängnis ein sofortiges Verhör. Am nächsten Tag wurde er von einem Polizisten abgeholt, der ihn nicht wie vermutet in das Gerichtsgebäude, sondern ins Rathaus führte. Das Verhör nahmen der Kriminalkommissar und der Polizeikommissar, die ihn auch Tags zuvor verhaftet hatten, vor.

Zu Beginn wurde Kaplan Renz in dringender Weise aufgefordert die volle Wahrheit zu sagen und nicht die von ihm verführte Jugend zu belasten.

²⁰⁰ Renz, R., S.65.

²⁰¹ Ebenda S.65.

²⁰² vgl. Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.2.

²⁰³ vgl. Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom 17. April 1934, Ziff.7.

Kaplan Renz sagte, dass es dieser Mahnung nicht bedürfe und machte darauf aufmerksam, dass er den Sachverhalt, um den es gehe, überhaupt nicht kenne.²⁰⁴ Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, dass in die Geschäftsstelle der HJ ein Einbruch oder ein fingierter Einbruch ausgeübt worden sei.²⁰⁵ Kaplan Renz konnte erleichtert aufatmen und gab auf jede weitere Frage die gleiche Antwort: „Ich weiß von dieser Sache nichts“²⁰⁶, was den Kommissar nervös machte. Ohne festen Anhaltspunkt wurde angenommen, dass nur Mitglieder der katholischen Jugendvereine die Täter sein können.²⁰⁷ Er stellte fest, dass das Benehmen von Kaplan Renz sehr verdächtig sei, da er ständig ein Lächeln im Gesicht tragen würde.²⁰⁸ Kaplan Renz konterte und sagte, dass das eine glückliche Naturanlage sei und er die Sache bisher von der lustigen Seite angesehen habe, da er ausgerechnet heute morgen in allen seinen Schulklassen vom Bischöflichen Kommissär eine Religionsprüfung abgehalten werden sollte.²⁰⁹ Nun müsse er aber die Sache von der ernsten Seite aus ansehen, meinte der Kommissar. Mit einem Faustschlag auf den Tisch schrie Kaplan Renz den Kommissar an: „Ich lasse mich von Ihnen nicht weiter beleidigen. Ich habe sechs- bis achtmal erklärt, dass ich von der Sache nichts weiß, und Sie glauben mir dennoch nicht. Also erklären Sie mich zum Lügner und nehmen mir die Ehre. Das kann ich mir von Ihnen nicht gefallen lassen.“²¹⁰ Die Wirkung dieser Rede war durchgreifend: Herr Kaplan, beruhigen Sie sich ! Wir müssen doch ein Protokoll schreiben.²¹¹ Dazu fühlte sich Kaplan Renz nicht in der Lage und sagte zu dem Kommissar, dass er selbst das Protokoll schreiben solle, weil er ja nichts von der Sache wisse. Nachdem er Kaplan Renz zuerst eine Verurteilung der Aktion in den Mund legen wollte, einigte man sich auf den Satz: „Über

²⁰⁴ Renz, R., S.69.

²⁰⁵ vgl. Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.2.

²⁰⁶ Renz, R., S.69.

²⁰⁷ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934

²⁰⁸ Renz, R., S.69.

²⁰⁹ Ebenda S.69.

²¹⁰ Ebenda S.69.

²¹¹ Ebenda S.69.

die Tat kann ich ein Urteil nicht abgeben, weil mir die Tatbestände nicht genügend bekannt sind.“²¹² Dann verlangte er alles Aktenmaterial zurück, das in seinem Zimmer beschlagnahmt worden war. Die Hälfte der Akten brachte man mit der Bemerkung zurück, dass in seinem eigenen Interesse der Herr Kreisleiter dieses Material noch durchsehen wolle. Zum Abschluss drängte es ihn, dem Kommissar zu sagen, dass er sich wundere, dass er zu Beginn des Verhörs gesagt habe, die beiden jungen Leute, die gestern bei ihm gewesen seien, hätten schon ausgesagt, dass die ganze Sache von Kaplan Renz geleitet worden sei, denn die beiden kannte Kaplan Renz als aufrechte, wahrhaftige und unbescholtene junge Männer, die nicht lügen.

In Wirklichkeit hatte Kaplan Renz mit den beiden Jungführern am Vorabend einen Elternabend besprochen, in dem die Eltern ermuntert werden sollten, ihre Jungen nicht aus Neudeutschland - der „Bund Neudeutschland“ ist eine katholische Jugendbewegung, die von Jesuiten nach dem ersten Weltkrieg als Schülerverband gegründet wurde - ab- und in die HJ anzumelden. Die beiden Jungmänner – Schüler von Internatsoberschulen, die in den Ferien Dienstpflicht bei Organisationen der HJ im heimatlichen Wohnort hatten - waren am Nachmittag verhaftet worden. Zum Beweis, dass sie mit dem „Einbruch“ in die HJ-Geschäftsstelle nichts zu tun hatten, beriefen sie sich darauf, dass die in dieser Zeit bei Kaplan Renz in der Marienpflege waren. Der Einbruch in die HJ-Geschäftsstelle war von den HJ-Führern selbst inszeniert²¹³ worden, weil sie beim Herumtollen eine Schreibmaschine beschädigt hatten und den Schaden vertuschen wollten. Daher schlugen sie die Fensterscheiben ein, rissen die Schubladen heraus und zerstreuten die Akten im Raum. Dem Kreisleiter meldeten sie, dass offenbar die katholische Jugend in die Geschäftsstelle eingebrochen sei.

²¹² Renz, R., S.69.

²¹³ vgl. Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.2.

9.4 Störung religiöser Jugendveranstaltungen

Als Kaplan Renz im Gefängnis saß, fragte er den Gefängnisaufseher, wer denn diese Verhaftung angeordnet habe. Er gab zur Antwort: „Das können Sie sich doch denken. Schon vor acht Tagen waren Sie angemeldet, sind aber nicht gekommen.“²¹⁴ Vom 17. auf den 18. Februar 1934 war im Exerzitienhaus auf dem Schönenberg ein Einkehrtag für die katholische männliche Jugend des Ellwanger Bezirkes, veranstaltet von der Diözesanleitung in Stuttgart. Obwohl nur mit ungefähr 30 Teilnehmern gerechnet wurde, waren in Wirklichkeit etwa 130 Jungen und Jungmänner gekommen, die in den vorhandenen Betten und Notunterkünften kaum unterzubringen waren. Die HJ-Führung war auf diesen Zustrom der Jugend zum Schönenberg aufmerksam geworden. Ein Unterbannführer - Unterbannführer war einer der höheren Ränge in der HJ - erschien und sagte, dass er den Auftrag habe, alle Jugendveranstaltungen im Bezirk zu überwachen. Er habe erfahren, dass auch Jungen in Uniform unter den Teilnehmern seien. Kaplan Renz erklärte ihm, dass es sich um einen religiösen Einkehrtag handle und es keine Uniformierten unter den Teilnehmern gäbe. Sollte er dennoch einzudringen versuchen, wäre dies Hausfriedensbruch. Schließlich entfernte sich der Unterbannführer. Etwa eine halbe Stunde später fuhr Kreisleiter Koelle mit seinem Adjutanten und zwei auswärtigen Amtswaltern vor und überraschte die Ordensschwwestern, die im Speisesaal die Tische für das Frühstück herrichteten. Sie riefen den Pfarrer vom Schönenberg, den Diözesanleiter und Kaplan Renz. Koelle „verhörte nicht nur die Leiter der religiösen Tagung über die angeblichen Uniformen und Wanderklüften, die er bemerkt zu haben glaubte, sondern er wollte auch noch wissen, welchen Charakter diese Tagung habe, ob er und die HJ auch zuhören könnten und wie die behandelten Themen und deren Referenten lauten würden“.²¹⁵ Es kam zu einer eineinhalbstündigen Auseinandersetzung, die

²¹⁴ Renz, R., S.70.

²¹⁵ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.2.

schließlich mit dem Abzug der NS-Prominenz 15 Minuten nach Mitternacht endete. Kaplan Renz ahnte nicht, dass ihn Kreisleiter Koelle in das Amtsgerichtsgefängnis abholen wollte.

9.5 Die „Galgenaktion“ – eine öffentliche Gotteslästerung

Eine besonders hässliche Aktion, führte die HJ in der Nacht vom 9. auf den 10. April 1934 in der ganzen Stadt durch: Überall, an Türen und Fensterläden, an Mauern und Wänden, auf geteerten Gehwegen und auf Straßen und Plätzen waren mit roter Farbe oder weißer Kreide Galgen gemalt, an denen das Christus-Monogramm hing.²¹⁶ Manche Galgen waren über zwei Meter groß gemalt. Der Kreisleiter sprach von einem Jungenstreich. Kaplan Renz sah es in den Predigten am darauf folgenden Sonntag etwas anders. Die ganze Stadt war durch diese Schmieraktion aufs höchste aufgebracht.

Kaplan Renz wies in seiner Predigt darauf hin, dass die Galgenstrafe eine besonders schimpfliche Strafe für gemeinde Verbrechen sei.²¹⁷ Die Malereien wollten somit sagen: Christus gehört an den Galgen, Christus ist ein Verbrecher! Allerdings könnte man diese Schmierereien auch so deuten: „Diejenigen, die das Christuszeichen tragen - wie unsere katholisch organisierte Jugend - gehören an den Galgen.“²¹⁸ Kaplan Renz erklärte anschließend ausdrücklich: „Dann hängt auch mich an den Galgen!“²¹⁹

Diese Galgenaktion stellte in vielen Augen eine furchtbare Gotteslästerung dar, gerade in einer Stadt wie Ellwangen.

Als Antwort bat Kaplan Renz die Gemeinde am Fronleichnamsfest der Stadt, besonders die Straßen und Plätze, über die die Prozession führte, zu schmücken und die Prozession zu einem lebendigen Christusbekenntnis zu machen.

²¹⁶ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.3.

²¹⁷ Renz, R., S.71.

²¹⁸ Ebenda S.71.

²¹⁹ Ebenda S.71.

Der Direktor des Caritasverbandes - ein Wohlfahrtsverband der die soziale Arbeit der katholischen Kirche organisiert - Dr. Johannes Straubinger, der am Montag, 16. April 1934 nach Ellwangen kam und von dieser Predigt²²⁰ erfuhr, bat Kaplan Renz in die Marienpflege zu kommen und die Predigt mitzubringen. Sie wurde dort in die Schreibmaschine diktiert. Dr. Straubinger wollte sie am folgenden Tag sofort nach Rottenburg bringen, weil er Gefahr in Verzug sah. Der Bischof selbst hat in einem Schreiben an den Klerus, in dem verschiedene Übergriffe gegenüber der Kirche zurückgewiesen wurden, auch die Renz-Predigt erwähnt und sie voll und ganz gutgeheißen.²²¹

Bürgermeister Koelle reagierte auf seine Art: Kaplan Renz wurde auf das Bürgermeisteramt zu einer „Aussprache“ bestellt. Koelle sah in dieser Predigt ein Politikum, was er durch die Tatsache zu beweisen versuchte, dass ein Herr während der Predigt, die dreimal in gut besuchten Gottesdiensten gehalten wurde, die Kirche verlassen habe. In Wirklichkeit zeigte die Reaktion in der Stadt, dass das religiöse Empfinden der Gläubigen aufs tiefste verletzt worden war. In der Sitzung des Gemeinderats am 17. April nahm Koelle laut Pressebericht der Nationalzeitung vom 18. April 1934 folgendermaßen Stellung: „Zum Schluss hat sich der Gemeinderat noch mit der Frage zu beschäftigen, die rein politischen Charakter trägt. In den letzten Tagen wurde in der Stadt an verschiedenen Stellen die Abzeichen des katholischen Jugendvereins „Neudeutschland“ in nicht missverständlicher Art publiziert, im Auftrag des Bürgermeisters aber durch das Stadtbauamt wieder entfernt. Herr Kaplan Renz hat sich bemüßigt gefühlt daraus einen Angriff auf die christliche Religion zu konstruieren und damit einen Druck auf die Tränensäcke seiner Zuhörerschaft ausüben zu müssen. Der nationalsozialistische Gemeinderat stellt fest, dass es sich bei der Sache lediglich um einen Kampf der Hitlerjugend und des Jugendverbandes der Deutschen gegen den konfessionellen Jugendverband Neudeutschland handelt, aber

²²⁰ Renz, R., S.71.

²²¹ Ebenda S.71.

niemals um eine gegensätzliche Stellungnahme zur christlichen Religion.²²² Ferner stellt er fest, dass es in unserem Staat nicht angängig ist, einen Schuljungenstreich zum Gegenstand einer religiösen Auseinandersetzung zu machen, am allerwenigsten von der Kanzel herab, zumal von den Jungen sicherlich kein einziger von der Herkunft, dem Sinn und der Bedeutung des genannten Symbols etwas weiß. Der nationalsozialistische Gemeinderat kann niemals zulassen, dass auf diese wenig anständige Art versucht wird, deutsche Volksgenossen gegeneinander aufzuhetzen und dadurch unseren Kampf um die endgültige Volksgemeinschaft zu sabotieren. Herr Kaplan Renz möge versichert sein, dass er dereinst höchstens von ein paar „Unentwegten“ als so genannter Märtyrer bewundert werden wird. Endlich möge er nie vergessen, dass er es nächst seinem Schöpfer einer nationalsozialistischen Regierung zu danken hat, dass er überhaupt noch seinen Dienst an der Christenheit in deutschen Landen ausüben darf. Statte er diesen Dank ab, indem er einsehen lernt, dass ein Nationalsozialist beides gleichzeitig sein kann: Ein grundanständiger Kerl und ein guter Christ.“²²³

10 Die Ellwanger Bischofsnacht

Die kirchenfeindliche Haltung der Nationalsozialisten trat besonders deutlich in der so genannten Bischofsnacht vom 3. auf den 4. Mai 1934 zutage, als Weihbischof Fischer zur Firmung in Ellwangen war.²²⁴ Nach alter Sitte waren Häuser und Straßen festlich geschmückt und mit kirchlichen Fahnen beflaggt. In der Nacht zum 4. Mai 1934 wurde der Schmuck und einzelne Fahnen durch SS-Leute abgerissen. Inwieweit örtliche Parteikreise direkt oder indirekt beteiligt waren, konnte unter den

²²² Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934, S.4.

²²³ Renz, R., S.71f.

²²⁴ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juni 1935 bis 31. Dezember 1946, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946, S.135.

damaligen Umständen nicht ermittelt werden.²²⁵ In einem Schreiben des Bischöflichen Ordinariats wurden die Vorkommnisse in Ellwangen in dieser Nacht als „Christenverfolgung“²²⁶ dargestellt. Hierzu hieß es, dass man in der deutschen Geschichte ziemlich weit zurückgehen müsse, um ähnliche Unarten gegen die Person eines Bischofs aufzufinden.²²⁷ Die Polizei beschlagnahmte die Fotoaufnahmen der Bürger, die am anderen Morgen die Untat fotografiert hatten. Ein Mann, der nachweislich an den Zerstörungen beteiligt war, veröffentlichte eine Anzeige in der Nationalzeitung, in der versichert wurde, dass er an der Bischofsnacht nicht beteiligt gewesen sei und dass gegen diejenigen, die das Gegenteil behaupten, gerichtlich vorgegangen werde.²²⁸ Die Zeugen des Vorfalls, die vorsorglich Wache gehalten hatten, wie auch Personen, die Anzeige gegen die Verursacher erhoben hatten, wurden am darauf folgenden Sonntag in die SS-Kaserne gebracht und dort mehrere Stunden lang mit dem Blick gegen die Wand gestellt und einem scharfen Verhör unterzogen, während SS-Leute bewaffnet mit Karabinern hinter ihnen standen.²²⁹ Der damalige Stadtpfarrer Häfner berichtet in einem Schreiben an das Bischöfliche Ordinariat, dass die Zeugen als „Angeklagte und Verbrecher“ behandelt wurden.²³⁰ Die betroffenen Personen mussten ein Protokoll unterzeichnen, dass die nicht gesehen hätten, wer den Schmuck heruntergerissen habe.

Um vorzusorgen, dass sich in der zweiten Nacht nicht nochmals solche Dinge ereigneten, rief Weihbischof Fischer Kreisleiter Koelle an und sagte in energischem Ton: „Wenn Sie mir nicht die Sicherheit geben, dass die kommende Nacht ruhig verläuft, werde ich sofort abreisen. In diesem Fall wird es der Bevölkerung auf dem Lande, deren Kinder morgen die

²²⁵ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juni 1935 bis 31. Dezember 1946, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946, S.135f.

²²⁶ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Politische Landespolizeiamt Stuttgart vom 8. Mai 1934.

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Hauber, Hermann: Die Vorgänge um die so genannte „Ellwanger Bischofsnacht“ im Jahre 1934, in: Ellwanger Jahrbuch Band XXXV, 1993-1994, S.122.

²²⁹ Pfeifer, H., S.178.

²³⁰ Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom 14. Mai 1934.

Firmung gespendet werden soll, sehr klar werden, was Sie und ihre Anhänger angerichtet haben.“²³¹ Die Ellwanger waren über den Vandalismus in der Bischofsnacht sehr empört. Einige 100 Frauen zeigten Mut und gingen am anderen Tag aufs Rathaus um zu protestieren. Doch der Bürgermeister empfing nur eine kleine Abordnung und drohte der Sprecherin mit der Frage, ob sie wisse, dass sie mit einem Fuß im Zuchthaus stehe.²³² Das Ordinariat beklagt in seinem Schreiben den Vorgang, „dass treue Katholiken, die für ihre Geistlichen eintreten, als Unruhestifter bezeichnet werden.“²³³

Die SS-Leute hatten seit der Bischofsnacht Stadtverbot. Aus Trotz darüber und um ihrem Ärger Luft zu machen, hielten sie am 10. Mai 1934 auf ihrem Kasernenplatz eine Prozession mit Leuchtern und einem Tragehimmel ab, die mit Musik und dem Singen des Halleluja umrahmt wurde.²³⁴ Als Erklärung hieß es von Seiten der SS, dass es sich um ein „Maharadschaspiel“ gehandelt habe.²³⁵ Zudem seien Drohungen ausgesprochen worden, die sich gegen die Stadt und vor allem gegen die katholischen Priester richteten: „Wehe Ellwangen, wenn wir wieder rauskommen! Diese Pfaffen, ob sie nun protestantisch oder katholisch sind, da ist einer so schlecht wie der andere. Die hauen wir noch, da fließt Blut.“²³⁶ Letztlich wurde der gesamten katholischen Religion der Kampf angesagt: „Unser Kampf geht letzten Endes gegen Rom. Gott sei Dank, das ist unser einziger Trost, dass der Nationalsozialismus, der heute über Deutschlands Grenzen hinaus geht, in hundert Jahren Rom überrumpelt hat. Dieses schwarze Nest²³⁷, das wollen wir noch ausräuchern. Die sind gar nicht wert, dass wir hier sind. Wir sollten abziehen und der letzte

²³¹ Hauber, H., S.123.

²³² Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom 14. Mai 1934.

²³³ Ebenda.

²³⁴ Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat vom 12. Mai 1934.

²³⁵ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Politische Landespolizeiamt Stuttgart vom 18. Mai 1934.

²³⁶ Ebenda.

²³⁷ gemeint ist Ellwangen

Mann, der abzieht, sollte dieses Nest weg brennen. Zuerst kommt unser Deutsches Vaterland, dann kommt noch mal unser deutsches Vaterland, dann noch mal, dann kommt ein großer Misthaufen und dann kommt noch vielleicht eine Religion.“²³⁸

11 Schlussbetrachtung

Rückblickend auf die vorstehenden Begebenheiten in Ellwangen verriet das Auftreten und die Gesinnung der NSDAP, allen voran in Person von Kreisleiter Adolf Koelle, bei jeder Gelegenheit den hemmungslosen Hass des ganzen nationalsozialistischen Systems gegen das Christentum, den das im Großteil katholische Ellwangen stets in besonderem Maße zu fühlen bekam²³⁹, nicht zuletzt im Kampf um die Jugend. In der systematischen Zerschlagung aller auch nur annähernd in Verbindung mit der katholischen Kirche stehenden Organisationen und Einrichtungen, angefangen mit der Ausschaltung der Ipf- und Jagst-Zeitung über die Sabotage kirchlicher Veranstaltungen bis zur Überwachung und Auflösung von kirchlichen Gruppen, wollte die NSDAP Ellwangen aus seiner katholischen Prägung reißen und somit jedwede Art von Konkurrenz, die ihren Plänen gefährlich werden konnte, ausschalten. Allein schon ein gut besuchter Gottesdienst erregte den Neid und den Hass des Kreisleiters, da der Besuch seiner Reden, Kundgebungen und Versammlungen bei weitem keinen Vergleich aushielt mit den vielen Personen, die aus ihrem inneren Bedürfnis in die Gottesdienste beider Konfessionen strömten.²⁴⁰

Es stellte eine ungeheure Gefahr dar, sich den nationalsozialistischen Herrschern in den Weg zu stellen²⁴¹ und mehr noch sich offen gegen sie zu wehren. Doch immer wieder, nicht zuletzt auch in der Person von

²³⁸ Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Politische Landespolizeiamt Stuttgart vom 18. Mai 1934.

²³⁹ Högg, Wolfgang: Ellwangen wird Kriegsschauplatz, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946, S.9.

²⁴⁰ Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juni 1935 bis 31. Dezember 1946, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946, S.135.

²⁴¹ vgl. Högg, W., S.10.

Kaplan Renz, kann durchaus festgestellt werden, dass sich die Kirche, aber auch die Bevölkerung, trotz aller Schmähungen und Risiken gegen ein irrsinniges und verachtendes System zur Wehr gesetzt hat und dies auch erfolgreich.

Auch wenn letzten Endes die nationalsozialistische Herrschaft nicht spurlos an Ellwangen vorübergegangen ist, kann dennoch mit Gewissheit gesagt werden, dass in Ellwangen die katholische Kirche keineswegs die Hände in den Schoß gelegt hat und die Dinge geschehen ließ, sondern für die Menschen eingetreten ist und sich mit ihrer Tatkraft vor schlimmeren Dingen bewahrt hat.

Nachspann

Kaplan Renz hatte seine letzte Begegnung mit Adolf Koelle nach dem Einmarsch alliierter Truppen in Ellwangen. Ein amerikanischer Posten bat Kaplan Renz zu einer Identifizierung in das Rathaus. Dort wurde ihm, nach eigener Aussage, eine jämmerliche Gestalt vorgeführt, die er erst erkannte als diese mit rauer Stimme sagte: „Sie kennen mich doch!“ Es war Adolf Koelle. Einige Bauern hatten ihn erkannt als er auf dem Weg in einen Nachbarort war. Als zufällig eine amerikanische Patrouille vorbei fuhr, machten die Bauern die Soldaten auf ihn aufmerksam. Gegenüber den Amerikanern hatte er sich als einfacher Volkssturmmann ausgegeben, bevor er eingestand Bürgermeister der Stadt zu sein. Kaplan Renz erklärte, dass er Kreisleiter der NSDAP war.

Kaplan Renz erzählt in seinem Bericht, dass es ihm beim Anblick dieser armseligen Gestalt nicht möglich war zu bezeugen, dass Koelle der schlimmste Nazi in der Stadt gewesen war. Andererseits war er aber der Meinung, dass man ihn nicht wieder entkommen lassen durfte. Aus dieser Verlegenheit half ihm der Leiter der Deutschen Hilfspolizei, der ebenfalls zur Identifikation hinzugezogen worden war, indem dieser kurz und bündig sagte: „Einsperren!“

Adolf Koelle wurde von der Spruchkammer Ellwangen nach mehrtägiger Verhandlung am 29. Mai 1948 als Hauptschuldiger der Vergehen, die von den Nationalsozialisten in Ellwangen begangen wurden, zu neun Jahren Arbeitslager verurteilt. Diese wurden aber durch die Berufungskammer Ludwigsburg am 25. November 1948 auf fünf Jahre herabgesetzt.

Kaplan Renz wurde nach seiner Tätigkeit in Ellwangen Stadtpfarrer in der benachbarten Stadt Aalen und verbrachte ab dem 1. September 1970 seinen Ruhestand in Ellwangen. Am 25. Mai 1988 verstarb er im Alter von 89 Jahren.

Literaturverzeichnis

Der Pennäler Schnitzelbank, Versliste 1932

Eberl, Immo/Grupp, Rudolf: Ellwangen, o.O., o.J.

Endt, Ingeborg: Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort – dargestellt am Lokalfall der Stadt Ellwangen / Jagst. Zulassungsarbeit zum ersten Staatsexamen im Fach katholische Theologie, Tübingen, 1982

Gemeinderatsprotokoll 1932 Bd. 68

Gemeinderatsprotokoll 1933 Bd. 69

Gemeinderatsprotokoll 1934 Bd. 70

Hauber, Hermann: Die Vorgänge um die so genannte „Ellwanger Bischofsnacht“ im Jahre 1934, in: Ellwanger Jahrbuch Band XXXV, 1993-1994

Högg, Wolfgang: Ellwangen wird Kriegsschauplatz, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946

Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juni 1935 bis 31. Dezember 1946, in: Ellwanger Jahrbuch Band XIII, 1936-1946

Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1935, in: Ellwanger Jahrbuch Band XII, 1933-1935

Kaiser, Ernst: Jahreschronik vom 1. Oktober 1928 bis 30. Juni 1932, in: Ellwanger Jahrbuch Band XI, 1929-1932

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg 1933 Bd. 14 Nr. 9

Kirchliche Mitteilung für die katholische Pfarreien Ellwangen und Schönenberg Nr. 10 vom 5. März 1933

Miller, Max: Die Kultur eines geistlichen Staates: Benediktinerabtei und Fürstprobstei Ellwangen, in: Ellwanger Jahrbuch Band XII, 1933-1935

Pfeifer, Hans: Ellwangen, Kunst und Geschichte aus 1250 Jahren, o.O., 2000 (zit. Pfeifer, H., Ellwangen)

Pfeifer Hans: Dokumentation über den Widerstand von Kaplan Renz in Ellwangen und seinen Einsatz zur Rettung „lebensunwerter Kinder“ der Marienpflege in der Zeit des Dritten Reiches 1933-1945, o.O., o.J. (zit. Pfeifer, H., Kaplan Renz)

Renz, Rudolf: Kirchenkampf in Ellwangen – Bericht eines Zeitgenossen, in: Ellwanger Jahrbuch Band XXX, 1983-1984 (zit. Renz, R.)

Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Innenministerium – Politisches Landespolizeiamt – Stuttgart vom 23. April 1934

Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Politische Landespolizeiamt Stuttgart vom 8. Mai 1934

Schreiben des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg an das Württembergische Politische Landespolizeiamt Stuttgart vom 18. Mai 1934

Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom 17. April 1934

Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat vom 12. Mai 1934

Schreiben des Stadtpfarramtes Ellwangen an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg vom 14. Mai 1934

Thier, Manfred: Ellwangen, o.O., o.J.

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 25 vom 31. Januar 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 48 vom 27. Februar 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 52 vom 3. März 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 53 vom 4. März 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 54 vom 6. März 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 59 vom 11. März 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 61 vom 14. März 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 74 vom 29. März 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 84 vom 10. April 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 85 vom 11. April 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 103 vom 5. Mai 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 130 vom 8. Juni 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 143 vom 24. Juni 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 145 vom 27. Juni 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 147 vom 30. Juni 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 148 vom 1. Juli 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 149 vom 3. Juli 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 152 vom 6. Juli 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 187 vom 17. August 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 190 vom 21. August 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 192 vom 6. September 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 237 vom 28. Oktober 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 240 vom 2. November 1933
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 255 vom 20. November 1933

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 28 vom 4. Februar 1932
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 48 vom 27. Februar 1932

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 83 vom 12. April 1932
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 93 vom 23. April 1932

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 152 vom 6. Juli 1932
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 161 vom 16. Juli 1932

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 174 vom 1. August 1932

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 255 vom 5. November 1932
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 256 vom 7. November 1932
lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 260 vom 11. November 1932

lpf- und Jagst-Zeitung Nr. 288 vom 15. Dezember 1931

Nationalzeitung Nr. 4 vom 5. Januar 1934

Nationalzeitung Nr. 47 vom 26. Februar 1934

Nationalzeitung 25. Folge vom 31. Januar 1933

Nationalzeitung 26. Folge vom 1. Februar 1933

Nationalzeitung 28. Folge vom 3. Februar 1933

Nationalzeitung 31. Folge vom 7. Februar 1933

Nationalzeitung 40. Folge vom 17. Februar 1933

Nationalzeitung 42. Folge vom 20. Februar 1933

Nationalzeitung 43. Folge vom 21. Februar 1933

Nationalzeitung 45. Folge vom 23. Februar 1933

Nationalzeitung 53. Folge vom 4. März 1933

Nationalzeitung 54. Folge vom 6. März 1933

Nationalzeitung 55. Folge vom 7. März 1933

Nationalzeitung 56. Folge vom 8. März 1933

Nationalzeitung 59. Folge vom 11. März 1933

Nationalzeitung 64. Folge vom 17. März 1933

Nationalzeitung 70. Folge vom 24. März 1933

Nationalzeitung 73. Folge vom 28. März 1933

Nationalzeitung 78. Folge vom 3. April 1933

Nationalzeitung 80. Folge vom 5. April 1933

Nationalzeitung vom 11. April 1933

Nationalzeitung 106. Folge vom 8. Mai 1933

Nationalzeitung 132. Folge vom 9. Juni 1933

Nationalzeitung Nr. 149 vom 1. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 150 vom 3. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 152 vom 5. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 157 vom 11. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 158 vom 12. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 162 vom 17. Juli 1933

Nationalzeitung Nr. 176 vom 2. August 1933

Nationalzeitung Nr. 184 vom 11. August 1933

Nationalzeitung Nr. 189 vom 18. August 1933

Nationalzeitung Nr. 194 vom 24. August 1933

Nationalzeitung Nr. 195 vom 25. August 1933

Nationalzeitung Nr. 201 vom 1. September 1933

Nationalzeitung Nr. 202 vom 2. September 1933

Nationalzeitung Nr. 269 vom 20. November 1933

Nationalzeitung Nr. 271 vom 22. November 1933

Nationalzeitung, 2. Jahrgang, 234. Folge vom 5. Oktober 1932

Nationalzeitung, 2. Jahrgang, 259. Folge vom 3. November 1932

Erklärung

gemäß § 36 III APrOVw gD

Ich versichere, dass ich diese Diplomarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Datum, Unterschrift